

## István Bethlens Außenpolitik in den Jahren 1921–1931

Von IGNÁC ROMSICS (Budapest)

Da man in der ungarischen Außenpolitik in den Jahren 1919–1920 nicht über die notwendigen Machtmittel zur Realisierung der gesetzten Ziele verfügte, entwickelte man Alternativen, d. h. man rechnete ständig mit neuen Möglichkeiten, die sich aus einer künftigen Entwicklung der vorläufig noch unbeständigen internationalen Lage ergeben könnten. So war man einerseits bestrebt, mit einzelnen Staaten der Region (vor allem mit Polen, Rumänien, daneben aber auch eventuell mit Österreich) zusammenzuarbeiten, andererseits die zwischen den siegreichen Großmächten bestehenden Differenzen auszunutzen und darauf die Zusammenarbeit aufzubauen, vor allem aber sich für eine Revision der in Trianon festgelegten Grenzen nach einem annähernd ethnischen Prinzip einzusetzen. Bis Ende des Jahres 1920 stellte sich indes heraus, daß der Plan eines auf Italien oder Frankreich basierenden polnisch-rumänisch-ungarischen Blocks und die damit verbundene Grenzrevision angesichts der unüberbrückbaren rumänisch-ungarischen Differenzen nicht zu realisieren sei. Der österreichisch-ungarischen Zusammenarbeit stand ebenfalls grundsätzlich der nicht geklärte Grenzverlauf zwischen beiden Ländern im Wege, was durch die unterschiedliche Beurteilung der Königsfrage nur noch weiter verschlimmert wurde. Das Kabinett *Teleki* modifizierte daher bis zum Frühjahr 1921 den bis dahin verfolgten außenpolitischen Kurs und bemühte sich um eine Annäherung an die Tschechoslowakei, die bis dahin als Feind Nummer eins gegolten hatte. Als dessen Ergebnis nahmen dann Ungarn und die Tschechoslowakei am 4. März 1921 in Bruck Verhandlungen auf<sup>1)</sup>.

Die andere große Möglichkeit, mit der die ungarischen Außenpolitiker seit Herbst 1919 ständig rechneten, war das Zusammengehen der Verliererstaaten

---

<sup>1)</sup> Zu Ungarns Außenpolitik in den Jahren 1919–1921 siehe im allgemeinen Gyula Juhász, *Magyarország külpolitikája 1919–1945*. 3. Aufl., Budapest 1988, S. 1–78. Vgl. Mária Ormos, *Francia-magyar tárgyakók 1920-ban, Századok* 109 (1975), 5–6, S. 904–949; Magda Ádám, *Duna konföderáció vagy kisantant, Történelmi Szemle* 20 (1977) 3–4, S. 440–484, und Ignác Romsics, *Bethlen koncepciója a független vagy autonóm Erdélyről*, in: *Magyarságkutató Csoport Évkönyve*. Hrsg. von Gyula Juhász. I, Budapest 1987, S. 49–57.

unter deutscher Führung, die Zerstörung des Status quo mit Waffengewalt und nach Möglichkeit die Wiederherstellung der historisch gewachsenen Staatsgrenzen. Der nunmehrigen Rollenverteilung entsprechend vertraten letzteren Kurs sowohl deutscher- als auch ungarischerseits Politiker ohne Regierungsverantwortung sowie Militärs, wiewohl dies zumindest ungarischerseits in jedem Fall mit Wissen der offiziellen Politiker erfolgte<sup>2</sup>).

Im Zeichen derselben Parallelität startete die *Bethlen*-Regierung ihre Außenpolitik. Ähnlich seinen außenpolitischen Äußerungen vor seinem Amtsantritt als Ministerpräsident erklärte *Bethlen* in seiner Jungfernrede am 19. April 1921 in der Nationalversammlung: „Ungarn muß sich in die Lage versetzen, die durch den dem Land aufgezwungenen Frieden von Trianon entstand“<sup>3</sup>). In diesem Geiste ratifizierte, das heißt sanktionierte die Nationalversammlung am 26. Juli 1921 den Friedensvertrag. Zuvor ersuchte Außenminister *Miklós Bánffy* am 23. Mai 1921 den Völkerbund um die Aufnahme Ungarns. Diese Schritte sprechen für die Absicht der Regierung, den Status quo zur Kenntnis zu nehmen. Ihre Entschlossenheit, der entstandenen Lage Rechnung zu tragen, unterstrich die Regierung stets auch bei diplomatischen Kontakten. Kurz nach der Kabinettsbildung suchte Außenminister *Bánffy* den französischen Botschafter auf und erläuterte in einem langatmigen Exposé die außenpolitischen Vorstellungen seiner Regierung. Der Friedensvertrag werde — wie er ausführte — als definitiv angesehen, und man sei ohne jeden Hintergedanken um eine Annäherung an die Nachbarstaaten bemüht. Ungarn sei bereit — so *Bánffy* —, auf seine Gebietsforderungen an Jugoslawien und Rumänien zu verzichten und möchte dafür lediglich erreichen, daß die Rechte der ungarischen Minderheit (insbesondere in Siebenbürgen) von beiden Seiten auch in gesonderten Abkommen garantiert werden. Territoriale Zugeständnisse erhoffe sich Ungarn — so *Bánffy* weiter — nur mehr lediglich von der Tschechoslowakei; aber auch dies nur auf friedlichem Wege, durch die Fortführung der im März aufgenommenen Verhandlungen zum Zwecke einer bilateralen Vereinbarung. „Die Rückgliederung der Großen Schüttinsel (Csallóköz) mit ihren etwa 300 000 ungarischen Einwohnern an das Mutterland würde uns völlig zufriedenstellen“, — sagte *Bánffy*. Ergänzend meinte er dann lediglich, aus außenpolitischer Sicht wolle sich seine Regierung vor allem auf Frankreich stützen; sie sei bereit, den Ratschlägen des Quai d’Orsay zu folgen<sup>4</sup>). *Bánffys* Äußerungen bekräftigte nun einige Tage später auch *Bethlen* persönlich vor dem französischen Botschafter<sup>5</sup>).

---

<sup>2</sup>) Elek Karsai, *Számjeltávirat valamennyi magyar királyi követségnek*. Budapest 1969, S. 56—78.

<sup>3</sup>) *Bethlen István gróf beszédei és irásai*. Budapest 1933, Bd. I, S. 63 [Zitiert als BETHLEN].

<sup>4</sup>) Archives Diplomatiques, Paris [AD], Europe Z, Hongrie, Vol. 49, S. 9—14.

<sup>5</sup>) *Ibidem*, Vol. 34. *Fouchets* Bericht vom 29. April 1921.

Die zweite Runde der ungarisch-tschechoslowakischen Verhandlungen fand im Juni und Juli 1921 in Budapest und Marienbad statt. Der inzwischen verübte Königsputsch löste in allen umliegenden Staaten einen ziemlich starken Schrecken aus und gab den letzten Anstoß zur Bildung der Kleinen Entente. Das Zustandekommen der Kleinen Entente verschlechterte die Verhandlungspositionen Ungarns erheblich, wogegen es die der Tschechoslowakei begünstigte. Daraus erklärt sich teilweise auch, daß sich die beiden Seiten auf keine einzige langfristige Wirtschafts- oder Handelsvereinbarung einigen konnten, sondern lediglich einen Vertrag über gegenseitige Lieferungen von tschechischem und ungarischem Mehl mit kurzer Laufzeit unterzeichneten<sup>6)</sup>.

Als unüberbrückbar erwiesen sich auch die Auffassungsunterschiede in bezug auf gerechtere Staatsgrenzen. Seinen Memoiren zufolge bemühte sich *Bánffy* um eine im Vergleich zu der 1938 durch den Wiener Beschluß festgelegten Grenze etwas weiter nach Süden verlaufende, also eine ausdrücklich ethnische Grenze. Der tschechoslowakische Außenminister *Beneš* hingegen war bereit, über die Rückgabe eines wesentlich kleineren Gebietes, der Region Komárom und Losonc, zu verhandeln. Nach seiner Rückkehr aus Marienbad informierte *Bánffy Bethlen*, der wie sein Außenminister der Meinung war, daß es ein großer Fehler wäre, für ein so minimales Zugeständnis in Form eines bilateralen Abkommens aus freien Stücken und endgültig auf die anderen, unter tschechoslowakischer Oberhoheit stehenden ungarischen Gebiete zu verzichten<sup>7)</sup>. Das Abkommen wäre auch nicht zustande gekommen, wenn die ungarische Seite das von *Beneš* gemachte Angebot als Verhandlungsgrundlage akzeptiert hätte. Der tschechoslowakische Außenminister machte nämlich in der richtigen Annahme seinen Gegenvorschlag, daß dieser von den Ungarn ohnehin zurückgewiesen werde. Würden sie dies nicht tun — so unterrichtete er den britischen Botschafter in Prag —, „wäre ich gezwungen, sie direkt abzuweisen“<sup>8)</sup>.

In der gegebenen Situation hielt *Beneš* es also für nicht zulässig, auch nur ein Quadratmeter Land abzutreten. Gleichzeitig darf aber auch nicht behauptet werden, daß *Bethlen* die anvisierten ethnischen Grenzen mit Sicherheit als definitive Regelung angenommen hätte. Auf einer Ministerratssitzung im August eröffnete er nämlich in vertraulichen Kreisen unverblümt, daß er in der Perspektive mit einer „großen“, wenn auch nicht integren Überprüfung rechne. „Wir dürfen darauf hoffen, daß wir das Slowakenland (Tótföld) und einen beträchtlichen Teil Siebenbürgens zurückgewinnen können“, — meinte er damals und sagte ergänzend: „Die günstige europäische Konstellation

---

<sup>6)</sup> Landesarchiv, Budapest, [OL], K 27, Ministerratsprotokoll vom 15. Juli 1921.

<sup>7)</sup> *Ráday*-Sammlung, Budapest [RGy], *Miklós Bánffys* Nachlaß, „Fünfundzwanzig Jahre“, Maschinenschrift, S. 26—33.

<sup>8)</sup> Public Record Office, London [PRO], FO 371/6140 C13722/12641/21.

für die Rückgliederung dieser Gebiete kann allein Deutschland garantieren“<sup>9)</sup>).

Durch die jetzt erstmals von *Bethlen* formulierte Möglichkeit einer status-quo-feindlichen deutsch-ungarischen Zusammenarbeit wird nun die Frage aufgeworfen, wie aufrichtig das wiederkehrende Motiv seiner bisherigen und späteren außenpolitischen Analysen, die Angst vor dem Drang der Deutschen nach Osten, war. Es steht außer Zweifel, daß der häufige Hinweis darauf auch eine manipulative Funktion hatte: Die Aufwertung von Ungarns Stellenwert in den Augen der Westmächte. Gleichzeitig war er aber auch am weitgehendsten aufrichtig. *Bethlen* sorgte sich tatsächlich um die Souveränität Ungarns wegen einer möglichen späteren deutschen Expansion. Er dachte aber, daß die deutsch-ungarische Zusammenarbeit durch entsprechende Gegengewichte in Rahmen gehalten werden könne, die die Sache der Revision zwar wirksam fördern, gleichzeitig jedoch nicht zu einem einseitigen deutschen Einfluß auf das Land und die Region führen würde. *Bethlens* diesbezügliche Fehleinschätzung scheint aus heutiger Sicht offenkundig. Daß jedoch die Weimarer Republik in kaum zehn Jahren durch das Dritte Reich abgelöst werden sollte, und daß die internationalen Kräfteverhältnisse einen Verlauf nehmen würden, wie sie sich in der zweiten Hälfte der 30er Jahre und in der ersten Hälfte der 40er Jahre entwickelten, konnte niemand ahnen.

Die Regierung hatte die Kontakte zu Deutschland bis zum Sommer 1921 nach wie vor durch rechtsradikale Organisationen aufrechterhalten. Nachdem aber im Sommer 1921 das bayerische *Kahr*-Kabinett scheiterte und die verschiedenen paramilitärischen Organisationen aufgelöst wurden, trat *Bethlen* auch mit der Berliner Bundesregierung direkt in Verbindung. Mit der Mission wurde Freiherr *Józef Szterényi* betraut, der Mitte September nach Berlin reiste. *Szterényis* Aufgabe war es, mit führenden deutschen Politikern, vor allem mit Kanzler *Wirth* und Außenminister *Rosen* „über die Richtlinien der zukünftigen Politik Ungarns zu Deutschland zu sprechen“<sup>10)</sup>. Nach der Kontaktaufnahme und der gegenseitigen Information suchten *Bethlen*, *Szterényi* und *Bánffy* im November den deutschen Botschafter in Budapest auf und teilten ihm mit, daß man in allen außenpolitischen Fragen eine enge Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung anstrebe. „Sowohl *Bethlen* als auch *Bánffy* haben beide erklärt“ — berichtet *Fürstenberg* über die Unterredungen —, „daß die einzige Lösung für Ungarn im Zusammengehen mit Deutschland liege. Was man in der ungarischen Außenpolitik bisher getan habe und was man gezwungenermaßen noch werde tun müssen, sei unter dem Zwang der Entente geschehen“<sup>11)</sup>).

<sup>9)</sup> OL, K 27, Ministerratsprotokoll vom 1. August 1921.

<sup>10)</sup> Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn [AA]. Politische Abteilung II, Ungarn. Pol. 2, Band 1, *Fürstenbergs* Bericht vom 3. und 15. September 1921.

<sup>11)</sup> Ibidem, *Fürstenbergs* Bericht vom 15. November 1921.

Es wäre genauso verfehlt, diesen Äußerungen *Bethlens* übertriebene Bedeutung beizumessen wie jenen, die im April gegenüber dem französischen Botschafter — und bei anderen Anlässen gegenüber britischen und italienischen Diplomaten — in beinahe wortwörtlicher Übereinstimmung gemacht wurden. Es handelt sich dabei keineswegs um Formulierungen einer festen und wohlgedachten außenpolitischen Doktrin. Es sind dies vielmehr die inkonsequenten Offenbarungen eines zu einer unabhängigen Diplomatie unfähigen Kleinstaates auf seiner nahezu hoffnungslosen Suche nach einer Stütze. *Andrássy* und *Apponyi*, die an einen weit konsequenteren diplomatischen Stil einer europäischen Großmacht gewohnt waren, reagierten auf diese Doppelzüngigkeit, soweit sie davon erfuhren, mit Befremden, ja mit leichter Bosheit<sup>12)</sup>. *Bethlen*, *Bánffy* und *Teleki*, die drei Grafen aus Siebenbürgen, griffen mit natürlicher Selbstverständlichkeit auf die wohlbekannten Finessen der siebenbürgischen Diplomatie zurück, oder bemühten sich, diese anzuwenden. „Es hängt von der innen- und außenpolitischen Notwendigkeit ab, was ich sage und was ich tue. Meine Politik wird von den Umständen geformt“, rechtfertigte sich einmal *Bethlen*<sup>13)</sup>.

Die Unaufrichtigkeit der Anpassungspolitik sowie die Bereitschaft, den Status quo auf den Kopf zu stellen, beweist auch die Art und Weise wie *Bethlen* mit den verschiedenen irredentistischen Organisationen verfuhr. Um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen, löste die Regierung im Sommer 1921 die verschiedenen irredentistischen Organisationen offiziell auf. In Wirklichkeit wurden jedoch die Organisationen mit provokativ klingenden Bezeichnungen lediglich umbenannt oder in andere neutral bezeichnete Organisationen eingegliedert. Der *Ungarn-Szekler-Bund*, der sich mit der Siebenbürgen-Propaganda beschäftigte, nannte sich von nun an beispielsweise *Volkstümliche Literaturgesellschaft*. Die *Liga für Gebietsschutz* hingegen wirkte im weiteren als Sektion des *Ungarischen Nationalbundes*. All diese Organisationen gehörten über den *Bund Gesellschaftlicher Vereinigungen* (TESZ) als Dachorganisation unmittelbar unter die Schirmherrschaft von *Bethlen*. Der neuen Hierarchie zufolge gehörten Lenkung und Verteilung der notwendigen materiellen Mittel in den Kompetenzbereich der beiden TESZ-Spitzenvertreter, *Pál Teleki* und *Antal Pap*. Sie wiederum erhielten in den meisten Fällen Geld und Anweisungen direkt von *Bethlen*<sup>14)</sup>.

---

<sup>12)</sup> OL, P 4, *Gyula Andrássys* Nachlaß [AGYH], Tagebuch von Frau *Andrássy*, 330. Band, 29. August 1921.

<sup>13)</sup> AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 115, *De Viennes* Bericht vom 16. November 1930.

<sup>14)</sup> OL, K 27, Ministerratsprotokoll vom 12. August 1921 und Schriften zur Geschichte der Konterrevolution [IRATOK], Band II, Hrsg. und eingeleitet von Dezső Nemes. Budapest 1956, S. 177—181. Vgl. István B. Bernát, *A Társadalmi Egyesületek Szövetségének Központja a reviziós propaganda egységéért 1920—1928*. Manuskript, S. 73.

Von TESZ und den ihm unterstellten Propagandaorganisationen distanzierte sich *Bethlen* stets scharf vor der Öffentlichkeit, vor allem vor dem Ausland. Deren Aktionen stellte er als Meinungs- und Gefühlsäußerungen der ungarischen Gesellschaft hin, die von der Regierung gemäßigt, aber nicht völlig zu verhindern seien. Diese Organisationen artikulierten und taten das, was die Regierung nicht tun wollte oder tun konnte, wobei jedoch die offizielle Diplomatie immerhin die Möglichkeit hatte, sich auf diese Aktionen jederzeit zu berufen<sup>15)</sup>. Ein Beispiel mit Modellcharakter für diese Rollenverteilung war die Beilegung des ungarisch-österreichischen Grenzstreites, die Klärung der sog. Westungarnfrage. Bekanntlich beschloß die Friedenskonferenz am 20. Juli 1919, daß Ungarn einen 4312 km<sup>2</sup> großen Gebietsstreifen an der Westgrenze des historischen Ungarn mit 340 000 überwiegend deutschsprachigen Bewohnern an Österreich abzutreten habe. Der neue Grenzverlauf wurde dementsprechend auch im österreichischen und ungarischen Friedensvertrag festgelegt. Bevor es aber zur Unterzeichnung der Friedensverträge kam, nahmen die beiden Länder Verhandlungen über die Modifizierung des vorgesehenen Grenzverlaufs auf. Die Verhandlungen wurden auch von den Großmächten gutgeheißen, die im Dezember 1920 mitteilten, sofern sich Österreich und Ungarn friedlich einigten, „würden dies die alliierten Regierungen begrüßen“. Bis zum Frühjahr 1921 setzten sich die Vertreter der beiden Länder immer wieder an den Verhandlungstisch, eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden<sup>16)</sup>.

Ministerpräsident *Bethlen* erarbeitete nun nach der Regierungsbildung ein Konzept für die künftige Politik, das er selbst in der Sitzung vom 28. August dem Ministerrat vorlegte. Als Möglichkeit Nummer eins schlug er vor, die bilateralen Verhandlungen fortzuführen, die Großmächte zu gewinnen und dadurch eine Kompromißlösung zu erreichen. Für den Fall, daß Österreich das fragliche Territorium mit Waffengewalt zu erobern trachte, empfahl er, bewaffneten Widerstand zu leisten. Als dritte Möglichkeit rechnete er damit, daß die Großmächte auch die tschechoslowakische und die jugoslawische Armee einsetzen könnten. In diesem Fall sei — so argumentierte er — der bewaffnete Widerstand allerdings aussichtslos; einzige Möglichkeit wäre die Autonomie des Gebietes „spontan“ zu deklarieren, das dann zu einem späteren Zeitpunkt an Ungarn angeschlossen werden sollte. Wiewohl er den Akzent auf die Verhandlungen, bzw. auf die diplomatischen Mittel legte, erteilte er für den Fall, daß diese scheitern sollten, bereits zu dieser Zeit Anweisun-

---

<sup>15)</sup> Bernát, A Társadalmi ...

<sup>16)</sup> Katalin G. Soós, Burgenland az európai politikában 1918—1921. Budapest 1971, S. 24—103 und László Fogarassy, Die Volksabstimmung in Ödenburg (Sopron) und die Festsetzung der österreichisch-ungarischen Grenze im Lichte der ungarischen Quellen und Literatur, *Südost-Forschungen* 35 (1976), S. 150—183, hier S. 150—158.

gen zur Mobilmachung der Gendarmerie, zur Anwerbung von Freikorps und zur Bereitstellung der nötigen Finanzmittel<sup>17)</sup>.

*Pál Teleki* wurde beauftragt, die Unterstützung des Westens zu gewinnen. Auf seiner Reise im Juni erbat *Teleki* von den Regierungen Frankreichs und Englands weitere Zeit für die bilateralen Verhandlungen und drängte Paris sowie London, im Interesse einer Einigung Druck auf Wien auszuüben. In offensichtlich erpresserischer Absicht deutete er auch an: Beim Ausbleiben der angeforderten Unterstützung werde *Bethlen* zurücktreten und die Macht dem germanophilen *Andrássy* übergeben. Obgleich *Teleki* in keiner der Hauptstädte konkrete Versprechungen erhielt, sicherte aus Angst vor einer deutsch-österreichischen Einigung das auf eine Schwächung Österreichs abzielende Quai d'Orsay dem Vermittler aus Budapest sein Wohlwollen zu<sup>18)</sup>.

Während dieser Reise *Telekis* wurden die bilateralen Verhandlungen in Wien fortgesetzt. Der neue Kanzler *Schober*, den *Bethlen* persönlich aus seiner Amtszeit als Polizeipräsident im Jahre 1919 kannte, versprach kurz nach seinem Amtsantritt, daß er prinzipiell bereit sei, auf ein Viertel zu verzichten, wenn Dreiviertel des Gebietes übergeben werden. Sein Versprechen war indes ebenso unaufrichtig wie das Verhalten *Bethlens*. Während er nämlich der ungarischen Regierung dieses Versprechen machte, setzte er bei den alliierten Großmächten alles daran, damit Ungarn gezwungen werde, das gesamte Territorium an Wien abzutreten. Das war die Situation am 26. Juli, an dem Tag der Ratifizierung des Friedensvertrages<sup>19)</sup>.

Nach Inkrafttreten des Friedensvertrages wies die Botschafterkonferenz die ungarische Regierung an, das gesamte Gebiet an Österreich abzutreten, da keine Kompromißlösung gefunden worden sei. Die Großmächte machten lediglich das Zugeständnis, den Zeitpunkt für die Übergabe des Gebietes zwei Tage nach dem Termin anzusetzen, an dem Jugoslawien das Ende 1918 besetzte Baranya-Dreieck räumen sollte. Dieses Zugeständnis, das vor allem Frankreich zu verdanken war, hat *Bethlens* Spielraum beim Manövrieren beträchtlich vergrößert<sup>20)</sup>.

Der außenpolitische Ausschuß des österreichischen Parlaments lehnte in Kenntnis der Entscheidung der Großmächte die Dreiviertel-Einviertel-Teilung des Gebietes definitiv ab. Die Vorbereitungen zu einem bewaffneten Widerstand in Westungarn wurden daraufhin erheblich beschleunigt. Zur Lenkung der Aktion wurde eine sog. Verteidigungskommission gebildet, deren Vorsitzender Freiherr *Zsigmond Perényi*, *Bethlens* ehemaliger Schulkamerad im Theresianum und Vorsitzender des Ungarischen Nationalbundes, war. Die

---

<sup>17)</sup> Ibidem, S. 135—136 und OL, K 27, Ministerratsprotokoll vom 28. April 1921.

<sup>18)</sup> AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 49, S. 69—72, sowie PRO, FO 371/6138, C 10297/10297/21 und FO 371/6139, C 11793/11793/21.

<sup>19)</sup> OL, K 27, Ministerratsprotokoll vom 1. August 1921.

<sup>20)</sup> PRO, FO 371/5799, C 17624/477/3.

Mitglieder der Kommission, beispielsweise *Gyula Gömbös* und der für die Siebenbürgen-Propaganda zuständige *Nándor Urmánczy* waren zuvor Leiter verschiedener irredentistischer Organisationen gewesen. Von da an verliefen die Ereignisse nach der zweiten Variante des von Bethlen am 28. April vorgelegten Konzepts<sup>21</sup>).

Am 27. August übergab Ungarn den größeren Teil des umstrittenen Gebietes an Österreich. Am 28. August stellte aber Budapest unter Berufung darauf, daß auch Jugoslawien das Dreieck noch nicht geräumt habe, den Abzug der Truppen vorübergehend ein. Parallel dazu kam es in der geräumten Zone zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen der österreichischen Gendarmarie und der irregulären ungarischen Freikorps. Auf Anfrage der Botschafter Frankreichs und Englands teilte *Bethlen* mit, er bedauere die Geschehnisse aufrichtig und werde alles zur Entwaffnung der Freikorps tun<sup>22</sup>).

Die Großmächte reagierten auf die Ereignisse unterschiedlich. England drängte nach wie vor auf die Übergabe des gesamten Territoriums. Frankreich „zögerte“ und nahm den englischen Vorschlag nur halbherzig an, während Italien sich doppelzünftig verhielt. In London vertrat es den Standpunkt, daß das Gebiet vollständig zu räumen sei, wogegen es Wien und Budapest zu einem Kompromiß ermutigte und bereits Anfang September seine Vermittlungsdienste anbot. Das Ergebnis der unterschiedlichen Auffassungen war schließlich, daß der italienische Befriedigungsvorschlag angenommen wurde<sup>23</sup>). Zur Konferenz am 11. bis 13. Oktober in Venedig reiste *Bethlen* in der begründeten Hoffnung, daß es gelingen werde, nahezu ein Viertel des Gebietes, nämlich Ödenburg mit Umgebung, zu behalten. Vor seiner Abreise erklärte er vor dem Ministerrat, daß im Falle einer Vereinbarung die „Banden“ entwaffnet und aus der Region beseitigt werden müssen, käme jedoch keine Einigung zustande, so bleibe auch die bisherige Gebietsabtretung „formell“. In diesem Falle sei — meinte er — „die Ausrufung der Autonomie des Burgenlandes Sache der dortigen Bevölkerung und der Aufständischen“<sup>24</sup>). Er unterrichtete auch indirekt die interessierten Großmächte von seinem Standpunkt. In seiner Botschaft hieß es, die ungarische Regierung würde bei einer Übereinkunft „mit allen erdenklichen Mitteln gegen die Aufständischen auftreten“; sollte es aber keinen Kompromiß geben, so werde sie „außerstande sein, es mit ihnen aufzunehmen“<sup>25</sup>).

---

<sup>21</sup>) OL, K 27, Ministerratsprotokoll vom 28. August 1921 und Soós, Burgenland, S. 140—141.

<sup>22</sup>) PRO, FO 371/5758, C 17280/477/3 und Archives de la Guerre, Paris [AG] 6N173, Hongrie, Telegrammes: *Hamelins* Telegramm vom 6. September 1921.

<sup>23</sup>) PRO, FO 371/6760—5763 und 371/5799.

<sup>24</sup>) OL, K 27, Ministerratsprotokoll vom 7. Oktober 1921 und Soós, Burgenland, S. 146, 158—159.

<sup>25</sup>) PRO, FO 371/5762, C 18862/477/3.

Auf der Konferenz in Venedig wurde auf Druck Italiens ein *Bethlens* Erwartungen entsprechendes Ergebnis erzielt. Österreich gab seine Zustimmung, daß mittels eines Referendums über die Zugehörigkeit von Sopron und acht umliegenden Gemeinden entschieden werde. Dafür verpflichtete sich Ungarn, die Freikorps zu entwaffnen und den größeren Teil jenes Territoriums an Österreich abzutreten. Im Zusammenhang damit ergaben sich jedoch unerwartete Schwierigkeiten. Vor den Verhandlungen in Venedig gab ein großer Teil der Aufständischen seine Rolle als Instrument auf, machte sich selbständig und deklarierte unter Führung *Pál Prónays* die Unabhängigkeit des ganzen Territoriums (Leithabananat). Nach seiner Rückkehr aus Venedig teilte *Bethlen* dem Chef des Sonderkommandos schriftlich mit: „Es gibt kein Obst mehr, das wir pflücken könnten. Wer glaubt, daß mit weiterem Widerstand noch mehr erreicht werden könnte, irrt sich gewaltig.“ *Prónay* ließ jedoch *Bethlens* Argumentation nicht gelten und mißachtete einfach fast zwei Wochen lang die Anweisungen des Ministerpräsidenten. Erst am 31. Oktober wich er vor *Horthys* Drohungen zurück, der den Einsatz der Armee gegen ihn als *ultima ratio* ankündigte<sup>26)</sup>.

Die Entscheidung in Venedig war, wenn dies auch das Sonderkommando und die rechtsorientierte Regierungsopposition als eine Niederlage hinzustellen versuchten, *Bethlens* erster politischer Sieg. Das Ergebnis war vor allem dem Umstand zu verdanken, daß die Großmächte in dieser Frage geteilter Meinung waren und sie — da es sich ja um zwei Verliererstaaten handelte — zu Zugeständnissen geneigt waren. Eine wichtige Rolle spielte aber auch, daß die ungarische Regierung und *Bethlen* persönlich diese günstige Lage erkannten und mit geschickter Taktik sie auch ausnutzten. Die Zusammenarbeit mit irredentistischen Organisationen war zweifelsohne eine risikoreiche Sache, aber ohne sie hätte man wohl allein mit bloßen diplomatischen Mitteln — kaum Ergebnisse erreichen können.

*Bethlen* nutzte die Verhandlungen in Venedig auch, um sich außer über die außenpolitischen Vorstellungen Englands, Frankreichs und Deutschlands informieren zu lassen auch mit den Leitern der italienischen Diplomatie Konsultationen zu führen. Italiens Sympathie für Ungarn ließ zwar nach der Beilegung der italienisch-jugoslawischen Grenzstreitigkeiten (Rapallo-Vertrag) im Oktober 1920 merklich nach, hörte jedoch nicht völlig auf. Es war eine offene Frage, ob Rom in seiner Donau-Becken-Politik ausschließlich auf die Kleine Entente oder außerdem auch auf Ungarn baute und in welchem Maße. Aufgrund seiner Verhandlungen mit Außenminister *Toretta* schätzte *Bethlen* die künftige Außenpolitik Italiens optimistisch ein und meinte nach seiner Rückkehr: „Mit der Zeit können wir den Faden der jetzt aufgenommenen Verhandlungen so weit verfolgen, daß die Grundlagen eines engeren freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Italien und Ungarn gelegt werden“<sup>27)</sup>.

<sup>26)</sup> IRATOK II, S. 206—208 und Soós, Burgenland, S. 164.

<sup>27)</sup> OL, K 27, Ministerratsprotokoll vom 16. Oktober 1921.

Der Abschluß der Westungarn-Regelung wurde durch den zweiten Rückkehrversuch *Karls IV.* gestört. Angesichts der diplomatischen Schritte der Entente sowie der diplomatischen und militärischen Maßnahmen der Kleinen Entente, entschied sich *Bethlen* — mit *Horthy* und den westeuropäischen Botschaftern an seiner Seite — für die Konfrontation mit den königlichen Truppen (Schlacht bei Budaörs) und sodann für die Entthronung des Hauses Habsburg, denn hätte sich die Regierung an die Seite *Karls* gestellt, wäre es tatsächlich zu einem bewaffneten Konflikt und mit großer Wahrscheinlichkeit zur erneuten Besetzung einzelner Teile des Landes gekommen.

Der zweite Königsputsch vergrößerte die Isolierung Ungarns im Donau-Becken weiter. Am 6. November 1921 schlossen die Tschechoslowakei und Polen und am 16. Dezember die Tschechoslowakei und Österreich bilaterale politische Abkommen, in denen sie den Status quo von Versailles gegenseitig anerkannten und sich für den Fall eines Angriffes zur Neutralität verpflichteten. Wenngleich weder Österreich noch Polen eine bewaffnete Aktion gegen Ungarn in Aussicht stellten — infolge des Widerstandes des polnischen Parlaments Sejm trat schließlich das polnisch-tschechoslowakische Abkommen nicht in Kraft —, wurde durch diese Verträge die Position der Kleinen Entente gestärkt und diejenige Ungarns geschwächt<sup>28)</sup>.

Ungarns und persönlich *Bethlens* Beurteilung in Westeuropa hat sich dagegen im positiven Sinne geändert. Nach übereinstimmender Einschätzung von Rom, London und Paris habe sich die ungarische Regierung brav und korrekt verhalten. „Ungarn ist jetzt bei der Entente lieb Kind geworden und hat damit jene Rolle übernommen, die bisher wir innehatten“ — berichtete der österreichische Botschafter *Cnobloch*<sup>29)</sup>. Er übertrieb dabei zweifellos. Soviel kann man jedoch an seiner Feststellung unbedingt gelten lassen, daß das große Vertrauen, das später Westeuropa und vor allem aber England *Bethlen* stets entgegenbrachten, größtenteils *Bethlens* damaliger Haltung und der folgenden „Ausschaltung“ der Königsfrage auf die Dauer zu verdanken war.

Ein eindeutiges Signal für das wachsende Vertrauen des Westens gegenüber *Bethlen* war, daß sich der Botschafterrat in dem zwischen Ungarn und der Kleinen Entente entfachten Streit um die Königsfrage auf die Seite Ungarns schlug. Die Kleine Entente, vor allem *Beneš*, behauptete, auch *Bethlen* habe zur Rückkehr des Königs beigetragen und erst angesichts des energischen Auftretens der Kleinen Entente sich gegen den Putschversuch gewandt. Unter Hinweis darauf forderte sie strenge Maßnahmen gegen Ungarn; so die Rückerstattung der Mobilmachungskosten der jugoslawischen und der tschechoslowakischen Armee, die Hinzuziehung der Kleinen Entente zur

---

<sup>28)</sup> Dénes Halmosy, *Nemzetközi Szerződések 1918—1945*, 2. Aufl., Budapest 1983, S. 184—188.

<sup>29)</sup> Österreichisches Staatsarchiv, Wien, Neues Politisches Archiv [ÖSA, NPA] Berichte aus Budapest, Kart. 16, *Cnoblochs* Bericht vom 1. Dezember 1921.

Überwachung der Entwaffnung Ungarns sowie die Hinausschiebung der Durchführung des Abkommens von Venedig<sup>30</sup>).

Frankreich, das 1920 die Möglichkeit einer ungarnefreundlichen Politik ernsthaft in Erwägung gezogen und noch im Sommer 1921 in vorsichtiger Form Ungarn gegen Österreich unterstützt hatte, stellte sich nun eindeutig hinter die Forderungen der Kleinen Entente. Es war dies das Ende seiner nach dem Kriege gepflogenen Doppelzüngigkeit und die eindeutige Orientierung seiner Osteuropapolitik an der Kleinen Entente. England hingegen, das bisher eher die Kleine Entente unterstützt hatte, nahm das *Bethlen*-Kabinett entschieden in Schutz. Das Foreign Office bezeichnete *Beneš'* Behauptungen über *Bethlens* „zögernde“ und „doppelzüngige“ Haltung als unbegründet und wies seine Forderungen eindeutig zurück. In dem entstandenen Streit unterstützte Italien den englischen Standpunkt. Der Botschafterrat wies dadurch schließlich nicht nur die übertriebenen Forderungen der Kleinen Entente zurück, sondern er stimmte auch für die baldige Durchführung des Soproner Referendums<sup>31</sup>).

Am 14. Dezember 1921 entschieden sich die Einwohner von Sopron zu 72,8 Prozent und die der Umgebung zu 54,6 Prozent für die Zugehörigkeit zu Ungarn. Wegen der verschiedenen Manipulationen seitens der ungarischen Organe, die jedoch lediglich eine Verbesserung der Wahlergebnisse um einige Prozente bedeutet haben dürften, legte die österreichische Regierung Protest ein. Der Botschafterrat wies ihn jedoch zurück und erklärte das Ergebnis der Volksbefragung für gültig<sup>32</sup>).

Der im Zusammenhang mit den Differenzen zwischen Ungarn und der Kleinen Entente jetzt erstmals so eindeutig zutage getretene Gegensatz zwischen Frankreich und England und zwischen Frankreich und Italien, läßt sich daraus erklären, daß die auf die Kleine Entente bauende, in Osteuropa nach hegemonistischen Positionen strebende französische Außenpolitik den Interessen Englands und Italiens gleichermaßen zuwiderlief. Dieser Interessenskonflikt prägte die Osteuropapolitik der Großmächte für das ganze Jahrzehnt und bestimmte insofern auch die außenpolitische Orientierung des nach einer Stütze suchenden Ungarn.

In den rund zwei Jahren nach der Entthronung und dem Soproner Referendum setzte *Bethlen* seine „alternative“ Diplomatie fort. In seinen offiziellen Erklärungen betonte er nach wie vor, daß Ungarn mit „jenen Bestrebungen“, die in Europa den Frieden schaffen wollen, „in Harmonie“ bleiben möchte und sich in die „großen Richtlinien der europäischen Politik“ einordnen wol-

---

<sup>30</sup>) AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 37, S. 115—118.

<sup>31</sup>) Ibidem, S. 49—178. Vgl. Ozer Carmi, *La Grande Bretagne et la Petite Entente*. Genève 1972, S. 50—55.

<sup>32</sup>) Soós, *Burgenland*, S. 173 und PRO, FO 371/5769, C 24104/477/3. Vgl. Fogarassy, *Die Volksabstimmung*, S. 173—182.

le<sup>33</sup>). Im Zeichen einer friedlichen Politik teilte er erst Paris und Rom, Ende 1921 auch London mit, daß er „den künftigen Kurs so gestalten wolle, daß dieser die Zustimmung der Regierung Seiner Majestät finde“<sup>34</sup>). Er hielt auch das Ersuchen um die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund aufrecht, über welches der Bund wegen des ungarisch-österreichischen Grenzstreites bisher noch nicht entschieden hatte. Die Großmächte unterstützten den Auftrag. Die Kleine Entente hingegen versuchte auch diesmal verschiedene Hindernisse in den Weg zu legen. Dessen ungeachtet wurde Ungarn am 22. September 1922 per Akklamation ohne Gegenstimme in die Organisation als Mitglied aufgenommen. Damit wurde Ungarn in etwa ein „salonfähiger“ europäischer Staat, im Prinzip ein gleichberechtigter und gleichrangiger Partner der Siegermächte. In praxi eröffneten sich dem Land breitere Möglichkeiten zum Ausbau der Außenbeziehungen und zur Beschaffung von Informationen<sup>35</sup>).

Wiewohl an eine Einigung über die völlige oder teilweise Rückgliederung der überwiegend von Ungarn bewohnten Grenzgebiete kaum zu glauben war, bemühten sich in diesem Interesse *Bethlen* und *Bánffy* Ende 1921 und 1922 weiterhin im Zeichen einer friedlichen Außenpolitik. Die Ende 1921 den Franzosen zugeleiteten Landkarten und Memoranden beinhalten die bei den französisch-ungarischen Verhandlungen 1920 schon einmal formulierten Minimalforderungen. Demnach sollte eine ethnisch gerechtere und für Ungarn leichter akzeptable Grenze bei Preßburg — am Oberarm der Donau — über Érsekújvár — Léva — Korpona — Dobsina — Kassa — Tóketerebes — Záhonny — Beregszász — Királyháza — Zilah — Kraszna — Nagyvárad — Nagyszalonta — Temeshidegkut — Temesvár — Nagybecskerek — Zombor — Bezdán — Eszék — und an der Drau verlaufen. Frankreich nahm 1929 Ungarns Ansprüche als Verhandlungsgrundlage an. In den Jahren 1921–1922, nach der Entwicklung einer eindeutig an der Kleinen Entente orientierten Außenpolitik, konnte die Antwort nur eine kategorische Ablehnung sein. Den Ungarn müsse man zu verstehen geben, hieß es in der diesbezüglichen Äußerung des Außenministeriums, daß sie unter Berufung auf das Begleitschreiben auf keine Grenzmodifizierung hoffen können. Korrekturen seien ausschließlich in Form einer friedlichen Vereinbarung zwischen Ungarn und dessen Nachbarstaaten möglich<sup>36</sup>).

Der andere Versuch ist allein mit *Bánffys* Namen verbunden, der im Herbst 1922 in Genf — den Unterredungen in Marienbad ähnlich, jedoch ohne vorherige Bevollmächtigung — Verhandlungen mit dem jugoslawischen Außenminister *Ninčić* über die Modifizierung des ungarisch-jugoslawischen Grenzverlaufs aufnahm. Sie verständigten sich darauf, daß hinsichtlich der von Wen-

<sup>33</sup>) BETHLEN I., S. 235—237.

<sup>34</sup>) PRO, FO 371/6139, C 21966/11489/21.

<sup>35</sup>) Sz. Mária Ormos, Magyarország belépése a Nemzetek Szövetségébe, *Századok* 91 (1957) 1—4, S. 227—269.

<sup>36</sup>) AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 49, S. 169—184.

den und Ungarn bewohnten Mur-Au (Muraköz) und des Südens von Eisenburg durch eine Volksbefragung, am Grenzabschnitt Baranya und Bácska hingegen durch Bevölkerungsaustausch eine ethnisch gerechtere Grenze anzustreben sei. *Bánffy*, der zwar auch ungarischerseits mit bestimmten Schwierigkeiten rechnete, ging von der gesicherten Annahme aus, *Bethlen* werde ... „die Übereinkunft nicht nur billigen, sondern diese auch für ausgezeichnet halten ...“. Bevor aber *Bethlen* noch Stellung nehmen konnte, erklärte der jugoslawische Ministerpräsident *Pašić* die mündliche Vereinbarung kategorisch für null und nichtig und untersagte seinem Außenminister alle weiteren Verhandlungen<sup>37</sup>).

Wie bei Ungarns erfolglosen Verhandlungen mit Rumänien 1919/1920 und mit der Tschechoslowakei im Jahre 1921 zeigte sich auch bei diesem erfolglosen Versuch, daß das Scheitern einer friedlichen Vereinbarung bei weitem nicht allein an der „reaktionären“ ungarischen Führung lag, wie es von der demokratischen Regierungsoption und von der Emigration behauptet wurde, sondern mindestens im gleichen Maße auch an den „demokratischen“ Politikern der Nachbarstaaten.

Die beiden oben angeführten Versuche waren die letzten in der Nachkriegszeit, mit denen die ungarische Diplomatie — gestützt auf die siegreichen Großmächte oder durch Einigung mit einem der Nachbarstaaten — sich bemühte, eine völlige oder teilweise Grenzmodifizierung nach dem ethnischen Prinzip durchzusetzen. Die Grenzkommissionen haben dann in den Jahren 1922–1923 die im Friedensvertrag festgelegten neuen Landesgrenzen auf Meter genau markiert. Ohne eine grundlegende Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse konnte man auf eine weitere Modifizierung des Grenzverlaufs nicht mehr hoffen. In das Konzept seiner „offiziellen“ Außenpolitik nahm *Bethlen* ab 1922 die Grenzmodifizierung auch nicht mehr auf. Statt dessen legte er den Akzent immer mehr auf den Schutz der Minderheiten, die Aufhebung oder Linderung der Reparationsleistungen bzw. auf die Unterstützung einer allgemeinen Abrüstung<sup>38</sup>).

Als Alternative zu der als offiziell geltenden Befriedungspolitik rechnete man indes nach wie vor auch mit der Möglichkeit eines bewaffneten Zusammenschlusses gegen den Status quo. Die Chancen dazu waren im Vergleich zu 1921 und zur ersten Hälfte 1922 um die Wende 1922/1923 erneut gestiegen. Im November 1922 wurde die linksgerichtete *Wirth*-Regierung in Deutschland gestürzt und das Nachfolgekabinett *Cuno* verkündete den passiven Widerstand gegen die Franzosen, die das Ruhrgebiet besetzt hielten. Bis Oktober errangen die Truppen *Kemal Atatürks* in Kleinasien einen entscheidenden Sieg über die alliierten und griechischen Streitkräfte und setzten

---

<sup>37</sup>) RGY, *Miklós Bánffys* Nachlaß, „Fünfundzwanzig Jahre“, Maschinenschrift, S. 161—163 und BETHLEN I, S. 352.

<sup>38</sup>) BETHLEN I, S. 236 und Magda Ádám, *A kisantant*. Budapest 1981, S. 92—93 und S. 118.

dadurch die im Friedensvertrag von Sevrès festgelegten neuen türkischen Grenzen mit Waffengewalt außer Kraft. In Italien kam der Faschismus an die Macht; am 31. Oktober 1922 bildete *Mussolini* ein Kabinett. Es sei auch nicht auszuschließen, argumentierte *Bethlen* Anfang 1923 angesichts der neuen Situation, daß die jüngsten Ereignisse auf internationaler Ebene „ein neues Europa reifen lassen“<sup>39</sup>).

In dieser krisenhaften Kriegssituation wurden die seit der Kontaktaufnahme von 1921 stagnierenden deutsch-ungarischen Beziehungen wieder lebhafter. Im Dezember 1922 entsandte das *Cuno*-Kabinett den Fabrikanten *Hugo Stinnes* nach Budapest, um über eine „nationalistisch ausgerichtete“ Zusammenarbeit der beiden Länder zu verhandeln. *Stinnes* kam außer mit *Horthy* und *Gömbös* auch mit *Bethlen* zusammen. In dem Bericht über seine Verhandlungen hob *Stinnes* hervor, daß Ungarn bei einem bewaffneten französisch-deutschen bzw. tschechisch-deutschen Konflikt bereit wäre, der Tschechoslowakei in den Rücken zu fallen. Mit einem Eingreifen in den Konflikt wollte Ungarn die gesamte Slowakei zurückerobern<sup>40</sup>).

Zur Koordinierung der deutsch-ungarischen militärischen Zusammenarbeit nahm *Bethlen* im Februar 1923 auch direkte Kontakte auf zum Oberbefehlshaber der Reichswehr, General *Seeckt*, den er noch aus dem Ersten Weltkrieg vom Kriegsschauplatz in Siebenbürgen kannte. Ihr Briefwechsel bestätigt, daß *Stinnes* Budapests Auffassung richtig interpretiert hatte. Die ungarische Führung, darunter *Bethlen*, wäre in der Tat bereit gewesen, die Tschechoslowakei anzugreifen.

In seiner Antwort an *Bethlen* begrüßte *Seeckt* das ungarische Angebot. Er deutete allerdings auch an, daß die deutsche Auffassung in der Slowakei-Frage von der ungarischen abweiche. Die Rückgliederung der Slowakei an Ungarn hielten die deutschen Politiker nämlich bei weitem nicht für eine Selbstverständlichkeit, wie es die ungarischen taten. Statt dessen rechneten sie bereits damals mit einer unabhängigen Slowakei<sup>41</sup>). Demgegenüber wollte *Bethlen* „das ganze Oberungarn“ zurückerobern, wie er dies bei seinen Gesprächen mit dem Staatssekretär im italienischen Außenministerium *Contarini* im Mai 1923 auch andeutete<sup>42</sup>). Diese sich damals abzeichnenden deutlichen Meinungsunterschiede kündigten die späteren deutsch-ungarischen

---

<sup>39</sup>) *Ungartum* [Magyarság] vom 10. Januar 1923. Der Ministerpräsident über die außenpolitische Lage.

<sup>40</sup>) AA, Politische Abteilung II, Ungarn, Pol. 1, Band 1. Aufzeichnung vom 25. Januar 1923. Vgl. Bruno Thoss, *Der Ludendorff-Kreis 1919—1923*. München 1978, S. 468.

<sup>41</sup>) Militärarchiv, Freiburg, Nachlaß von *Seeckt*, *Bethlens* Schreiben vom 20. März sowie *Seeckts* Antwort vom März 1923.

<sup>42</sup>) OL, K 64, Außenministerium res. pol. ir. 1923—41—314, Aufzeichnung vom 19. Mai 1923.

Differenzen hinsichtlich der Modifizierung der tschechoslowakisch-ungarischen Grenze bzw. einer Regelung im Donau-Becken an.

Zur Ausarbeitung von Einzelheiten einer deutsch-ungarischen Zusammenarbeit und auf deren Grundlage zu einer bewaffneten Aktion gegen die Tschechoslowakei kam es 1923 doch nicht. *Cuno*, der den passiven Widerstand verkündet hatte, wurde im Sommer 1923 durch *Gustav Stresemann* abgelöst, was das Scheitern eines aktiven Widerstandes sowie den Triumph der Erfüllungspolitik bedeutete. Die rechtsextremen Kräfte, die sich *Stresemanns* Politik entgegenstellten, wurden von den Regierungstruppen im November 1923 zerschlagen. Auch die Konferenz von Lausanne, die den türkisch-griechischen Grenzstreit beendete, schloß am 21. Juli 1923 mit einer Einigung, der Modifizierung des Friedens von Sevres. Und schließlich unterstrich die allmählich einsetzende innere Konsolidierung des Sowjetregimes in Rußland, das die weißrussischen Emigranten und deren Verbündete bisher als potentielle Basis betrachtet hatten, die Aussichtslosigkeit eines frontalen Zusammenstoßes mit den Siegermächten. Diese Entwicklungen als Alternative zur Befriedungspolitik begruben notgedrungen die bisher wach gehaltenen status-quo-feindlichen ungarischen Hoffnungen. So bestand tatsächlich der Kurs der Bethlenschen Außenpolitik von dieser Zeit an bis 1927 ausschließlich aus der bisher schon beteuerten „Befriedung“ und „Anpassung“. *Bethlen* ließ allerdings seine Revisionspläne für die Zukunft auch in diesen Jahren nicht fallen. Er fügte sich bis Ende 1923 lediglich der zwingenden Logik der internationalen Entwicklung und gewann die Einsicht, daß die revisionistische Politik vorübergehend jede internationale Stütze verloren hatte. Dieser Verzicht auf revanchistische Ansprüche wurde darüber hinaus auch von der schwierigen Wirtschaftslage nahegelegt, die die Aufnahme eines Völkerbundkredites im Jahre 1924 notwendig machte, dessen Vergabe und Bedingungen wiederum ausschließlich von den siegreichen Großmächten abhingen. „Wir dürfen den Weg, der zumindest heute noch ungangbar ist, nicht betreten“ — argumentierte *Bethlen* 1924–1926 gegenüber all jenen Politikern der Regierungspartei und der Rechtsextremen, die eine aktivere und kühnere Außenpolitik forderten<sup>43</sup>). Unter Hinweis auf die diplomatischen Mißerfolge der vergangenen drei bis vier Jahre belehrte er die „nationale“ Öffentlichkeit und jene Abgeordneten, die den nötigen außenpolitischen Horizont nicht besaßen, denn die gegenwärtig von Ungarn befürwortete Revision werde augenblicklich von keiner der Siegermächte unterstützt. Der Block der besiegten Länder scheine — vor allem wegen der „Erfüllungspolitik“ Deutschlands — vorerst Illusion zu sein; die Länder der Kleinen Entente billigen nicht einmal die gemäßigte Grenzrevision, und ihr Bündnis ist unter den gegebenen Umständen unzerbrüchlich. „Wir müssen folglich abwarten“, mein-

---

<sup>43</sup>) *Nemzeti Ujság* vom 1. Februar 1924, *Bethlens* große Rede zur Außenpolitik.

te er ergänzend, „bis sich die Voraussetzungen für eine Revision in der europäischen politischen Lage ergeben“<sup>44</sup>). „Solange dies nicht erfolgt, und solange Ungarn nicht innenpolitisch stabil und wirtschaftlich stärker wird“, betonte er, „ist für Ungarn nach wie vor die einzige Politik die des geduldigen Abwartens ...“<sup>45</sup>).

Die ungarische Diplomatie war indes auch in den Jahren des „geduldigen Abwartens“ nicht untätig. Zum Instrumentarium der stillen Vorbereitung der Revision gehörte auch die „Einstimmung“ der Großmächte auf die Revision, der ständige Hinweis auf die Ungerechtigkeit, die Ungarn widerfahre, und die Gewinnung oder Erhaltung der Sympathie verschiedener Länder. Dem Westen, vor allem Frankreich und England gegenüber betonte *Bethlen* unverändert, daß Deutschland und „Rußland“ früher oder später ihre alte Kraft wiedererlangen und dann auch bestrebt sein werden, „Mitteleuropa in Einflußzonen aufzuteilen“. Dies könnte durch ein engeres Bündnis der interessierten Kleinstaaten, vor allem Polens, Rumäniens und Ungarns, aber auch der Tschechoslowakei, verhindert werden, versuchte er den französischen Botschafter zu orientieren. Das einzige Hindernis dabei sei die starre Ablehnung der ungarischen Gebietsforderungen, was — so schloß *Bethlen* seinen Gedankengang — für den gesamten Raum fatale Folgen haben werde<sup>46</sup>). Diese Unterredung fand im November 1925 zwischen *Bethlen* und dem französischen Botschafter statt. Kaum ein halbes Jahr danach, im April 1926, wiederholte er diese Gedanken auch in der Öffentlichkeit anlässlich der Gedenkfeier zum 65. Geburtstag *István Tiszas*<sup>47</sup>). „Wir können heute noch nicht so klar sehen, daß die auf dem Gebiet der einstigen Monarchie entstandenen Kleinstaaten letztendlich teils russische, teils deutsche Vasallen werden, weil in dem großen Kampf nicht nur die Monarchie aufgeteilt wurde, sondern auch das Russische Reich zusammenbrach, das seit einem Jahrzehnt im sengenden Feuermeer der Revolution lebt ... Aber wie lange wird noch dieser Zustand anhalten? Für den denkenden Menschen steht außer Zweifel, daß die große russische Nation früher oder später erneut zu einem weltpolitischen Faktor wird und auch die große deutsche Nation ihre Verluste verschmerzen kann. Wir Ungarn wollen keine russischen Vasallen werden und, wie viele historische und kulturelle Fäden uns auch mit Deutschland verbinden mögen, wir müssen unsere Unabhängigkeit auch in dieser Richtung bewahren, wie wir dies tausend Jahre hindurch getan haben. Wir wollen Ungarn bleiben und ein unabhängiges nationales Leben leben.“

Seine pessimistischen Zukunftsvisionen für diese Region hielten die französischen und englischen „Gesprächspartner“ für übertrieben und selbst

<sup>44</sup>) *Nemzeti Ujság* vom 8. Mai 1925, *Bethlens* Rede über die Friedensrevision.

<sup>45</sup>) ÖSA, NPA, Berichte aus Budapest, Kart. 18, *Calices* Bericht vom 23. Oktober 1925.

<sup>46</sup>) AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 51, S. 34.

<sup>47</sup>) BETHLEN, II, S. 123.

wenn sie seine Gedanken im allgemeinen akzeptierten, wollten sie noch nichts von einer Revision wissen. Der französische Botschafter beispielsweise lehnte im November 1925 ein Eingehen auf konkrete Fragen entschieden ab, mit dem Hinweis der zunehmenden Bedeutungslosigkeit von Landesgrenzen, und das französische Außenministerium vertrat seit Abschluß der Burgenlandfrage konsequent den Standpunkt: „Grundbedingung der normalen Beziehungen zwischen Ungarn und Frankreich ist die loyale Durchführung und Einhaltung der Vorschriften des Friedensvertrages von Trianon“<sup>48</sup>).

Anders als Frankreich betrieb England seit 1921 ständig eine ungarfreundliche Politik. Dies äußerte sich jedoch vor allem im wirtschaftlichen Bereich; es ging jedoch niemals soweit, die Revision zu unterstützen. London war nämlich ebenso wie Paris (wenn auch weniger starr) gegen eine Antastung der Grenzen. Das äußerste, was *Bethlen* von der englischen Regierung in dieser Hinsicht erfuhr, war die Erklärung des Außenministers *Chamberlain* Ende 1925 bei einem Treffen unter vier Augen. Die lautete nach der englischen Version folgendermaßen: „Ungarn hat jedes Recht, seine Hoffnung auf eine baldige Korrektur seiner Grenzen aufrechtzuerhalten.“ Der englische Politiker stellte sich die „einstige“ Grenzkorrektur als Teil einer Einigung mit den Nachbarstaaten und eines Befriedungsprozesses vor<sup>49</sup>).

Nach England war in der ersten Hälfte der 20er Jahre traditionsgemäß Italien der zweitwichtigste Förderer der ungarischen Außenpolitik. Nach Abschluß der Burgenlandfrage, der Gewährung des Völkerbundkredites und der Franc-Fälschung in den Jahren 1925–1926 zeigte sich dies gleichermaßen. Im Frühjahr 1923 teilten *Mussolini* und *Contarini Bethlen* mit, daß Ungarn in einigen Jahren in der Revisionsfrage mit der Unterstützung Roms rechnen könne<sup>50</sup>). Trotz der ermutigenden Zeichen trat aber in dem italienisch-ungarischen Verhältnis eine gewisse Abkühlung ein. Die Gründe dafür waren der italienisch-jugoslawische Freundschaftsvertrag vom Januar 1924 und der italienisch-tschechoslowakische vom Juli 1924. Italien hatte diese Verträge mit dem Ziel geschlossen, seinen Einfluß als Gegengewicht zur französischen Außenpolitik auf die Kleine Entente auszudehnen. Die status-quo-feindliche ungarisch-bulgarisch-albanische Orientierung der italienischen Außenpolitik wurde dementsprechend vorübergehend in den Hintergrund gedrängt.

*Bethlen* ließ zwar den Plan einer engeren antitschechoslowakischen Zusammenarbeit fallen, bemühte sich jedoch nach wie vor um gute Beziehun-

---

<sup>48</sup>) AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 61, S. 138—139.

<sup>49</sup>) PRO, FO 371/10775, C 15915/1925. — Hier sei bemerkt, daß in den ungarischen Dokumenten über die Unterredungen zwischen *Bethlen* und *Chamberlain*, die aufgrund der Angaben von *Bethlen* erstellt wurden, weder auf die Revision noch auf die Königsfrage hingewiesen wird. Über die wirklich heiklen Fragen informierte *Bethlen* also auch seine eigenen Mitarbeiter nicht. OL, K 64, Außenministerium res. pol. ir. 1926—2—28.

<sup>50</sup>) OL, K 64, Außenministerium res. pol. ir. 1923—41—314.

gen zu Deutschland. Um die Jahreswende 1923/1924, am Tiefpunkt der deutschen Wirtschaftskrise nach dem Weltkrieg, ließ er über das ungarische Rote Kreuz Lebensmittel und Kleider für die deutsche Bevölkerung schicken<sup>51</sup>). Seine Geste wurde durch den Umstand noch weiter aufgewertet, daß in diesen Monaten die ungarische Wirtschaft selbst mit einer mindestens ebenso tiefen Krise kämpfte wie die deutsche. Später — beispielsweise im Laufe des Jahres 1925 — bot er den deutschen Machthabern wiederholt gegenseitigen Meinungsaustausch und die laufende Abstimmung der Außenpolitik beider Länder an. Im Gegensatz zu seiner gegenüber den westlichen Ländern und Italien betriebenen Propaganda, deren Kern der Hinweis auf eine der Region drohende „doppelte Gefahr“ bildete, legte er vor den deutschen Diplomaten den Akzent auf die beide Länder verbindenden Momente wie „Waffenbrüderschaft“ und „Schicksalsgemeinschaft“ sowie auf die slawische Gefahr. „Deutschland und Ungarn seien durch die *mutatis mutandis* gleichlautenden Friedensverträge und durch die gleiche Einstellung der Großen bzw. Kleinen Entente ihnen gegenüber in unauflösbarer Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden. Jeder Ungar sei davon überzeugt, daß Ungarns Wiederaufstieg nur an Deutschlands Seite erfolgen könne. Wenn auch beide Länder heute nicht offiziell miteinander verbündet sein könnten, so sei doch die alte Bundesgenossenschaft im Herzen jedes ungarischen Patrioten fest verankert“, berichtete der deutsche Botschafter beispielsweise von den bei ihren Unterredungen Anfang März 1925 gemachten Äußerungen<sup>52</sup>). Den Plan einer engeren deutsch-ungarischen Zusammenarbeit, den *Bethlen* wiederholt aufgriff, hielten *Stresemann* und Mitarbeiter für nicht aktuell und aus deutscher Sicht für völlig wertlos und schlugen ihn deshalb höflich aus. „Der Fall, daß das deutsche Interesse mit einem primär geführten ungarischen Befreiungskampf identisch wäre, läßt sich nach Lage der Dinge kaum denken“, entgegnete der Ministerialdirektor im Außenministerium *Köpke* im April 1925<sup>53</sup>).

Eine neue, kaum konsequent zu bezeichnende Entwicklung der Außenpolitik *Bethlens*, waren seine Bemühungen in den Jahren 1924/1925 um den Ausbau von Kontakten zur Sowjetunion. Er war dazu zweifach motiviert. Einerseits von der unbegrenzten Aufnahmefähigkeit des sowjetischen Marktes, die die meisten Absatzschwierigkeiten der ungarischen Fabrikindustrie hätte lösen können, andererseits aber vom Umstand, daß Moskau den Frieden von Paris nicht anerkannte und wegen der Angliederung Bessarabiens an Rumänien mit Rumänien in einem offenen Grenzstreit lag. *Bethlen* vermutete, daß die Lösung der Bessarabien-Frage zugunsten der Sowjetunion auch Einfluß

<sup>51</sup>) Bundesarchiv, Koblenz [BA] R 43, I/156, S. 206—210.

<sup>52</sup>) AA, Geheimakten 1920—1936, Ungarn, Pol. 2, Ungarn-Deutschland, *Welczeks* Bericht vom 6. März 1925.

<sup>53</sup>) AA, Politische Abteilung II, Ungarn, Pol. 2, Bd. 2, *Köpkes* Aufzeichnung vom 4. April 1925. Vgl. Judit Fejes, *Magyar-német kapcsolatok*. Budapest 1981, S. 20—21.

auf die Überprüfung der Zugehörigkeit Siebenbürgens haben könnte. Zwischen der innenpolitischen Struktur der beiden Länder zeigten sich indes riesengroße Unterschiede, aber auch *Bethlens* persönlicher Antikommunismus war seit 1919 nicht geringer geworden. Er ließ sich davon allerdings nicht im geringsten stören. „... In außenpolitischen Fragen hat“, so legte er im Parlament dar, „der Sentimentalismus keinen Platz“, deshalb „darf sich die ungarische Regierung ... nicht von sentimentalischen Motiven leiten lassen.“ „Ich würde dieses Platzes nicht würdig sein“, ergänzte er, „wenn ich mich über diese gefühlsmäßigen Gesichtspunkte nicht hinwegsetzen könnte“<sup>54</sup>).

Die unter größter Geheimhaltung geführten Verhandlungen, von denen nur sehr wenige wußten, erreichten bis Herbst 1924 das Stadium des Vertragsabschlusses. Der Vertrag über die diplomatische und konsularische Kontaktaufnahme wurde am 5. September, derjenige über den Handelsverkehr am 12. September unterschrieben. Die Unterzeichnung der Vereinbarungen hatte der Ministerrat am 10. Oktober gutgeheißen<sup>55</sup>). Diesem hätte die Sanktionierung durch das Parlament und den Reichsverweser folgen sollen. Wenn auch dies erfolgt wäre und Bethlen im darauffolgenden Jahr beispielsweise den in Budapest akkreditierten sowjetischen Botschafter empfangen hätte, wäre mit Sicherheit von dem Aufeinanderangewiesensein der Völker Ungarns und der Sowjetunion sowie von den historischen Kontakten der beiden Länder, vom Hinweis auf die Interessengleichheit gegenüber Rumänien die Rede gewesen; neben dem Hinweis auf die Interessengleichheit gegenüber Rumänien wäre auch die Notwendigkeit betont worden, gegen eine künftige deutsche Expansion gemeinsam vorzugehen.

Zur Ratifizierung der unterzeichneten Vereinbarung und somit zum Empfang des sowjetischen Botschafters kam es schließlich doch nicht. Der Grund war u. a. der Antisowjetismus, den die im Oktober 1924 an die Macht gekommene konservative englische Regierung offen verkündete<sup>56</sup>), aber ein weiterer, noch wichtigerer für das Scheitern der ungarisch-sowjetischen Annäherung war der starke inländische Widerstand gegen die Ende September veröffentlichten Abkommen. Nicht nur die Rassenschützer griffen *Bethlen* an und warfen ihm vor, daß er „mit diesem Abkommen wie auch mit seiner ganzen Politik das Land in einen Morast von Lügen hineinziehe“. Ihn attackierten auch die Legitimisten, die regierungstreuen Anhänger der Christlichen Partei, die Rassenschützer und Konservativen der Regierungspartei, ja sogar *Vince Nagy* von den demokratischen Oppositionellen<sup>57</sup>). Die sowjetisch-ungarische

---

<sup>54</sup>) Tagebuch der Nationalversammlung [NN] Bd. XXVI, S. 30—31, 7. Okt. 1924.

<sup>55</sup>) IRATOK III, S. 747—751.

<sup>56</sup>) Ausführlicher dazu siehe *Juhász*, *Magyarország*, S. 98.

<sup>57</sup>) NN, Bd. XXVI, S. 28—29, 78, 7.—8. Oktober 1928; *Pesti Napló* vom 8. Oktober 1924, „*Bethlen* lekötötte magát“ und *Pesti Napló* vom 9. Oktober 1924, „*Bethlen* hajlandó“.

Annäherung begrüßten außer dem Außenministerium eigentlich nur die an einem größeren Industrieexport interessierten Kreise des Großkapitals.

Mit Unterstützung des Reichsverwesers und unter Anwendung von Druck auf die Regierungspartei hätte *Bethlen* die Mehrheit des Parlaments gewinnen können. Die Unterstützung durch den Reichsverweser blieb diesmal jedoch aus. *Horthy*, der die Sowjetunion für einen „gefährlichen Eiterherd“ und für eine „ewige Gefahr für die Menschheit“ hielt<sup>58)</sup> und der diese seine Gefühle auch mit verlockenden außenpolitischen Vorteilen nicht bezwingen konnte, nahm entschieden gegen die Kontaktaufnahme Stellung. Selbst *Bethlen* konnte ihn nicht überzeugen und von dieser Meinung abbringen.

Nach einer gewissen Beruhigung der Gemüter versuchte *Bethlen* in den Jahren 1926 und 1927 erneut seinen Annäherungsplan bei *Horthy* und der Öffentlichkeit durchzusetzen. „Unsere Haltung gegenüber der Sowjetunion müssen wir überprüfen“, erklärte er im Sommer 1926<sup>59)</sup>. In einem Brief an *Horthy* vom 24. September 1926, in dem er die Grundsätze der zu befolgenden ungarischen Außenpolitik skizzierte, wies er gleichfalls darauf hin. „... Wir müssen in der Außenpolitik immer intensivere Anstrengungen unternehmen, um die Kleine Entente durch die Gewinnung der Serben und durch die Aufnahme bestimmter Kontakte zu den Russen zu sprengen“<sup>60)</sup>. *Horthy* versteifte sich jedoch und akzeptierte *Bethlens* Argumente auch diesmal nicht. Die offizielle Aufnahme von Kontakten zur Sowjetunion erfolgte auf diese Weise erst später, 1934, und unter ganz anderen internationalen Bedingungen.

Die späte Normalisierung des sowjetisch-ungarischen Verhältnisses begründete *Bethlen* in seinen für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärungen mit den Propagandaaktivitäten der III. Internationalen, bzw. mit der Unterstützung der ungarischen Kommunisten durch die Sowjetunion<sup>61)</sup>. Dies waren jedoch nicht die wahren Gründe; der eigentliche Grund war sein Nachgeben gegenüber *Horthy*, das während seiner Amtszeit als Ministerpräsident das erste und zugleich letzte war. Dies gab er selbst nachträglich in vertraulichen Kreisen zu. „Lediglich der absolute Widerstand des Reichsverwesers — teilte er 1934 dem deutschen Botschafter mit — habe damals die Sache im Sande verlaufen lassen. Admiral von Horthy habe ihm seinerzeit gesagt, niemand könne ihn zwingen, einen Vertreter der Sowjets zu empfangen“<sup>62)</sup>.

<sup>58)</sup> Horthy Miklós Titkos Iratai [HMTI]. Hrsg. von Miklós Szinai und László Szücs. 4. Aufl. Budapest 1972, S. 124 und 144.

<sup>59)</sup> *Pesti Napló* vom 29. Juli 1926, „Gróf Bethlen István miniszterelnök elmondja új politikai célkitűzéseit“.

<sup>60)</sup> HMTI, S. 67.

<sup>61)</sup> *Pesti Napló* vom 4. März 1927, „Bethlen: Stresemann politikáját kell követnünk“ und *Nemzeti Ujság* vom 8. April 1927, „Bethlen érdekes nyilatkozatai“.

<sup>62)</sup> AA, Politische Abteilung II, Ungarn, Pol. 3, Beziehungen zu Rußland, Bd. 1, *Mackensens* Bericht vom 10. Februar 1934. Vgl. IRATOK IV, S. 371.

Nach dem Scheitern der sowjetisch-ungarischen Verhandlungen bemühte sich *Bethlen* von Ende 1925 bis Herbst 1926 um eine Annäherung an Jugoslawien. Den ersten Schritt tat dabei der englische Außenminister *Chamberlain*. Er riet in Genf *Bethlen* am 12. Dezember 1925, Ungarn solle mit seinen Nachbarstaaten Garantieverträge abschließen, wie Deutschland am 16. Oktober 1925 in Locarno die Unverletzlichkeit der französisch-deutschen und der belgisch-deutschen Grenze vertraglich geregelt hatte. *Bethlen* lehnte dies jedoch ab, indem er unterstrich, die Gebiets- und ethnischen Verluste Ungarns seien unvergleichlich größer als diejenige Deutschlands im Westen, weswegen Ungarn auf eine Revision niemals verzichten könne. Er zeigte sich indes zu einer Annäherung an Jugoslawien bereit, an das Land der Kleinen Entente, das Ungarn gegenüber weniger feindlich eingestellt war<sup>63</sup>). Auch die jugoslawische Seite zeigte sich dazu geneigt. Auf *Bethlens* Anfrage antwortete *Ninčić* im März 1926, „seiner Ansicht nach gebe es kein Hindernis, daß Ungarn zunächst nur mit einem Land seiner Nachbarstaaten, nämlich seinem, ein Abkommen schließe“<sup>64</sup>).

Von der Annäherung an Jugoslawien erhoffte sich *Bethlen* anfangs lediglich wirtschaftliche, kommerzielle Vorteile; darüber hinaus dachte er höchstens noch an eine gewöhnliche Schiedsgerichtsvereinbarung. Als er die günstige Resonanz aus Belgrad gewahr wurde, formulierte er noch weitergehende Zielsetzungen. In den Wochen nach Abschluß der *Franc*-Affäre versuchte er Vereinbarungen zu erreichen, die für den Fall eines Konfliktes mit einem dritten Land auch gegenseitige Neutralität garantiert hätten<sup>65</sup>). Dieses dritte Land konnte allein Rumänien sein, das sich auf Jugoslawien, die Sowjetunion und Bulgarien stützend Ungarn auf diese Weise regelrecht eingekreist hätte. Ein Vertrag dieser Art hätte die Außerkraftsetzung von Jugoslawiens Verpflichtungen gegenüber der Kleinen Entente und insofern den Beginn der Auflösung dieses Bündnisses bedeutet. Deswegen konnte man annehmen, und das meinten auch die Experten im ungarischen Außenministerium, daß Jugoslawien eine so weitgehende Verpflichtung nicht akzeptieren werde. Bevor sich dies jedoch eindeutig herausstellen konnte, erfuhr der Plan einer jugoslawisch-ungarischen Annäherung den Todesstoß; denn kaum hatten die konkreten Verhandlungen im September 1926 in Genf begonnen, schaltete sich Italien ein. *Mussolini* bedeutete, er sei bereit, einen „weitergehenden politischen Vertrag zu schließen“, der „Ungarn größere Vorteile sichere als ein mit Jugoslawien abzuschließender Vertrag“<sup>66</sup>).

*Mussolinis* Eingreifen ist mit der Veränderung des italienisch-jugoslawischen Verhältnisses zu erklären. Im Frühjahr 1926, als *Bethlen* in Rom gewis-

---

<sup>63</sup>) PRO, FO 371/10775, C 15915/1925. Vgl. OL, K 64, 1926—2—26 und die Akten zur deutschen auswärtigen Politik [ADAP], Serie B., Bd. III, S. 75—76.

<sup>64</sup>) IRATOK III, S. 775.

<sup>65</sup>) Ibidem, S. 779—782. Vgl. Juhász, Magyarország, S. 99—100.

<sup>66</sup>) IRATOK III, S. 789.

sermaßen um die Genehmigung zur Aufnahme der Verhandlungen bat, hatte der neue Staatssekretär im Außenministerium, *Grandi*, noch nichts dagegen. Als aber Albanien am 22. November 1926 unter italienische Schirmherrschaft gestellt wurde, verschärfte sich das italienisch-jugoslawische Verhältnis bis zum Herbst 1926 dermaßen, daß ein militärischer Konflikt drohte. Eine ungarisch-jugoslawische Befriedung war somit aus italienischer Sicht überaus unerwünscht geworden<sup>67)</sup>.

Italiens Wert als Bündnispartner war — aus wirtschaftlicher und auch aus politischer Sicht — unvergleichlich größer als derjenige Jugoslawiens. An die Stelle der ungarisch-jugoslawischen Annäherung trat somit Ende 1926 eine von *Bethlen* seit langem erwartete und bereits 1921 „angekündigte“ italienisch-ungarische Freundschaft. Ungarns Politik gegenüber Jugoslawien war in der Folgezeit dementsprechend nicht von Versöhnlichkeit, sondern gemeinsam mit Italien immer mehr von der Unterstützung der kroatischen Autonomisten bzw. Separatisten geprägt.

Die italienische Orientierung fiel mit der Schaffung von Bedingungen für eine revisionistischen Zielen dienende, aktivere Außenpolitik zusammen. Im Sommer 1926 stellte der Völkerbund die strenge finanzielle Kontrolle über Ungarn ein. Hinzu kam noch auch die Aufhebung der ständigen militärischen Überwachung am 15. Mai 1927<sup>68)</sup>. All das zusammen schuf die Möglichkeit zu einer neuen, im Vergleich zu bisher offeneren, eindeutigeren und aktiveren Außenpolitik. Nach Vorbereitungsgesprächen traf *Bethlen* am 4. April 1927 in Rom ein. Während seines fünftägigen Aufenthaltes in der italienischen Hauptstadt kam er dreimal mit *Mussolini* zusammen. Bei den Unterredungen erläuterte *Bethlen* ausführlich seine Auffassung von Ungarns Außenpolitik und den zu befolgenden außenpolitischen Kurs. Er ging davon aus, daß „Mitteleuropas Lage nicht definitiv“ sei und früher oder später eine Neuregelung unter Führung der einen oder der anderen Großmacht erfolgen werde. Er könne die französische Konzeption, die auf eine Befriedung Ungarns, Österreichs und der Kleinen Entente und deren Vereinigung in ein Bündnis abziele, aufgrund des Status quo nicht unterstützen, zumal „Ungarn den Vertrag von Trianon psychisch nicht akzeptieren wird“. Sofern die neue Ordnung, setzte *Bethlen* seinen Gedankengang fort, in dieser Region nicht von Frankreich bestimmt werde, so sei vorauszusehen, daß mit der Erstarkung „Deutschlands und Rußlands diese beiden Mächte Einfluß auf die Normalisierung nehmen werden“. Als aus ungarischer Sicht gefährlich bezeichnete er insbesondere die Zunahme des russischen Einflusses, nachdem der „Block der nördlichen und südlichen slawischen Völker“ Ungarn in die Zange nehmen würde. Eine französische, deutsche oder russische Hegemonie entspreche — so legte er dar — weder den ungarischen noch den italienischen Inter-

---

<sup>67)</sup> Ibidem, S. 773—774 und Bd. IV, S. 41.

<sup>68)</sup> *Juhász*, *Magyarország*, S. 102—103.

essen, weshalb Italien und Ungarn mit vereinten Kräften verhindern müßten, daß diese Situation eintrete. Die Aufweichung der Kleinen Entente, die ungarische Revision und damit die Erstarkung Ungarns stünden, so schloß er, nicht nur im Interesse Ungarns, sondern auch Italiens.

Mit *Bethlens* Argumentation war *Mussolini* im großen und ganzen einverstanden. Er akzeptierte, daß die Tschechoslowakei Ungarns „Hauptfeind“ sei, und daß im Zuge der Revision „an erster Stelle die Klärung der tschechischen Frage“ stehen müsse. Er billigte auch, daß zur „Erledigung der tschechischen Frage“ einer der beiden anderen Staaten der Kleinen Entente neutralisiert, der andere in Schach gehalten werden solle, unterstrich indes mit Entschiedenheit, daß eine Schwächung des französischen Bündnisnetzes parallel zur jugoslawisch-ungarischen Annäherung den Interessen Italiens zuwiderlaufe. Statt dessen schlug er vor, *Bethlen* solle versuchen, das rumänisch-ungarische Verhältnis zu verbessern. Er stellte in Aussicht, er werde sich bemühen, die rumänische Regierung in diesem Sinne zu beeinflussen; zu diesem Zwecke könne auch Polen mittels der Belebung der stagnierenden polnisch-ungarischen Beziehungen eingesetzt werden. *Mussolini* versicherte *Bethlen* ferner, daß er bei einem tschechisch-ungarischen Konflikt „auf Rumänien den stärksten Druck ausüben wird, damit es neutral bleibt“. Gegenüber Jugoslawien hingegen werde er in einer Weise auftreten, daß es „auf der Stelle tritt“. Hinsichtlich der von *Bethlen* geschilderten russischen und deutschen Gefahr hielt *Mussolini* eine italienisch-deutsche Einigung und die darauf basierende Aufteilung des Donaubeckens in italienische und deutsche Einflußsphären für möglich.

Im Laufe der Verhandlungen brachte *Bethlen* auch zur Sprache, daß Ungarns „Armee angemessen aufgerüstet“ werden müsse, wolle man eine aktive Außenpolitik betreiben. In diesem Zusammenhang bat er um die Rückgabe der nach dem Ende des Krieges in Italien zurückgelassenen österreich-ungarischen Waffen. *Mussolini* verschloß sich nicht diesem Ansinnen und machte lediglich aufmerksam auf die Wichtigkeit der technischen Durchführung. Sie kamen überein, daß eine italienische Privatfirma die ansehnlichen Waffenbestände mit Bestimmungsland Polen auf die Reise schicken werde, Ungarn jedoch nur wenige Waggon weiterlassen solle.

Bei diesen Unterredungen wurde auch die Frage des Anschlusses angesprochen. *Bethlen* meinte, er werde vollzogen, ob wir ihn wollen oder nicht; Ungarn könne dagegen nichts tun. *Mussolini* war auch damit einverstanden, machte jedoch die Bemerkung, daß er in diesem Falle von Deutschland Entschädigung fordern werde<sup>69</sup>).

Zum Abschluß seines Rom-Besuches unterzeichnete *Bethlen* mit *Mussolini* einen Vertrag, in dem zwischen ihren Ländern „ständiger Friede und ewige Freundschaft“ vereinbart wurde; eventuell auftretende Differenzen sollten

---

<sup>69</sup>) IRATOK IV, S. 50—54 und S. 60—62 und Documenti Diplomatici Italiani [DDI], Settima Serie, Vol. 5, Akt Nr. 123.

auf diplomatischem Wege bzw. durch die gewählten Gerichte beigelegt werden. Der Vertrag hatte eine Laufzeit von zehn Jahren und sollte sich um weitere zehn Jahre verlängern, wenn ihn nach Ablauf der zehn Jahre keiner der Partner aufkündigte. Dem Vertrag wurde auch eine Geheimklausel beigelegt, in der sich die beiden Ministerpräsidenten ohne jede Vorschrift und Vorbedingung zu einer engeren politischen Zusammenarbeit und zu ständigen politischen Konsultationen für die Zukunft verpflichteten<sup>70</sup>).

Der ungarisch-italienische Vertrag war ein wichtiger Fortschritt auf dem Wege zu dem von *Bethlen* seit langem angestrebten Ausbruch aus der außenpolitischen Isolation und auf der Suche nach Unterstützung durch die Großmächte. Nach seiner Rückkehr aus Rom äußerte er sich mit vollem Recht, daß der Vertrag „Ungarn eine gewisse Rückendeckung für die Zukunft bietet“<sup>71</sup>). *Bethlen* konstatierte zufrieden, er sei ungeachtet der Bereitschaft Italiens keinerlei Verpflichtungen eingegangen, die ihn in seiner freien außenpolitischen Bewegung später einschränken würden. Das war außer der immer gebotenen Vorsicht eines kleinen Landes auch deswegen sehr wichtig, weil vorauszusehen war, daß Italien nicht in der Lage sein werde, den Status quo zu verändern. Und wenn dies nicht der Fall sei, dann müsse sich Ungarn naturgemäß auch um das Einverständnis bzw. die Unterstützung der anderen Großmächte bemühen.

Nunmehr innenpolitisch gefestigt, wirtschaftlich erstarbt, von der finanziellen sowie militärischen Kontrolle befreit und mit *Mussolinis* Versprechen in der Tasche sah *Bethlen* die Zeit für gekommen, mit seiner schizophrenen Haltung, in der er zweierlei Erklärungen — einerseits für die Öffentlichkeit, andererseits für die geheime Diplomatie abgegeben hatte — zu brechen und sich zum wichtigsten außenpolitischen Ziel — zur Revision — offen zu bekennen. Das tat er erstmals in seiner Rede am 27. Mai 1927 in Zalaegerszeg; er wiederholte dies am 4. März 1928 in Debrecen<sup>72</sup>). Unter Hinweis auf die Vorstellungen bezüglich Ost-Locarno bzw. auf den vorwiegend von Paris und Prag befürworteten Plan einer Donau-Konföderation gab er zu, daß Mitteleuropa in seiner gegenwärtigen „Zersplittertheit“ in der Tat sehr verwundbar und deshalb eine Zusammenarbeit der kleinen Nationen dieser Region dringend notwendig sei. Solange aber — sagte er ergänzend — Ungarns Grenzen nicht modifiziert werden, wird es keine ungarische Regierung geben, die so eine Kombination einginge, zumal die „ungarische Nation jenen Staatsmann, der ein zweites Trianon unterschriebe, an das Tor nageln würde.“ „Wir haben“, so verwies er auf Ungarns Lage, „nicht Provinzen verloren. Ungarn wurde aufgeteilt. Unser Fall ist nicht der von Elsaß-Lothringen. Deutschland konnte auf eine seiner Provinzen verzichten, wir wollen aber nicht fürs

---

<sup>70</sup>) Halmosy, Nemzetközi, S. 267—271.

<sup>71</sup>) *Pesti Napló* vom 5. Mai 1927, „Olasz-magyar szerződés“.

<sup>72</sup>) BETHLEN II, S. 185.

Leben auf ein Drittel unserer Rasse verzichten ... Auf diesen Grenzen kann kein definitiver Frieden aufgebaut werden ... wir brauchen andere Grenzen<sup>73</sup>).

Infolge dieser Auftritte *Bethlens* entfaltete sich in Ungarn seit Sommer 1927 eine offene Revisionspropaganda. Auch fand sich unerwartet ein ausländischer Propagator, der darauf drängte, das Ungarn-Problem auf der Tagesordnung zu halten und zu lösen. Es war der englische Pressemagnat Lord *Rothermere*. Auf Anregung einer aristokratischen Dame ungarischer Abstammung (Herzogin *Stefania Hohenlohe*) veröffentlichte *Rothermere* am 21. Juni 1927 einen als Sensation geltenden Artikel in seiner Zeitung *Daily Mail*. Darin verwies er auf die ethnischen Ungerechtigkeiten des Friedens von Trianon und forderte die Rückgabe der grenznahen, überwiegend von Ungarn bewohnten Gebiete an Ungarn. Auf den *Daily-Mail*-Artikel antworteten Frankreich und die Kleine Entente mit einer Gegenpropaganda, was *Rothermere* zur Verfassung weiterer Artikel veranlaßte. Daraus entwickelte sich ein wahrer Pressekrieg, dessen Stimmen erst 1929 verstummen<sup>74</sup>).

Die *Rothermere*-Aktion versetzte *Bethlen* in eine widersprüchliche Lage. Das „Gewissen“ der internationalen Öffentlichkeit zu wecken, paßte voll und ganz in seine Pläne. Das hielt er für eines der notwendigsten Mittel zur Vorbereitung der Revision. Zu diesem Zweck verrichteten seit seinem Amtsantritt verschiedene irredentistische gesellschaftliche Organisationen — mit weit weniger Effizienz — ähnliche Arbeit. In dieser Hinsicht war die „kostenlose Propaganda“ für ihn günstig. Er freute sich jedoch nicht über die *Rothermeresche* Konzeption, in der lediglich die Rückgliederung der grenznahen Gebiete gefordert wurde. In den Jahren 1920/1921 hätte *Bethlen* wahrscheinlich eine Grenzrevision nach ethnischem Prinzip noch angenommen, jedoch Ende der zwanziger Jahre hielt er sie schon für zu wenig und mißbilligte auch aus taktischen Gründen die Akzentuierung des ethnischen Grundsatzes. „... Eine derartige Einstellung schloß schon von vornherein aus“ — heißt es in einem Runderlaß des Außenministeriums —, „daß im gegebenen Fall ernsthafte Aussichten auf — eine im voraus nicht abschätzbare politische Konstellation — eine Revision bestünden“<sup>75</sup>). In diesem Zusammenhang bat *Bethlen* im Sommer 1928 *Mussolini*, persönlich darauf hinzuwirken, daß *Rothermere* seine Propaganda inhaltlich modifiziere. Anstelle der Rückgabe der von Ungarn bewohnten grenznahen Gebiete solle *Rothermere* Autonomie für die Slowakei und Karpato-Ukraine fordern, denn *Beneš* würde sie niemals gewähren und eventuell nur ein, zwei Gemeinden anbieten. Das aber könne und wolle

---

<sup>73</sup>) Ibidem, S. 210—211.

<sup>74</sup>) *The Daily Mail* vom 21. Juni 1927, „Hungary's Place in the Sun“. Vgl. Viscount *Rothermere*, *My campaign for Hungary*. London 1939, und Lajos *Léderer*, *Egy év a reviziós küzdelemben*. Budapest 1928.

<sup>75</sup>) OL, K 63, Außenministerium pol. ir. 1931—31—39 /1650/1929/.

er nicht akzeptieren, zumal dadurch der Weg zu „breiteren Aspirationen“ verstellt werde<sup>76)</sup>.

Worin bestand also *Bethlens* Revisionsprogramm? Wie wir bereits ausführten, hatte er kein in allen Einzelheiten ausgearbeitetes konstantes Programm, sondern er änderte ständig je nach internationaler Lage seine Forderungen. 1920/1921 strebte er beispielsweise einmal die „große Revision“ und eine ethnische Grenzberichtigung an, Ende der 20er Jahre hatte seine Forderung nicht mehr diesen Doppelcharakter. In der Hoffnung auf Unterstützung durch Italien und andere potentielle Großmächte, vor allem durch Deutschland, meinte er, infolge der Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse weit mehr als die Wiederherstellung der ethnischen Grenzen erreichen zu können. Wie er im Sommer 1928 gegenüber dem italienischen Botschafter und im November 1930 auch gegenüber *Mustafa Kemal* ausführte, strebte Ungarn im Norden die Rückgliederung der ganzen Slowakei und der Karpato-Ukraine, im Süden hingegen eine Grenzziehung Donau-Drau einschließlich der Mur-Aulandschaft an. Angesichts des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Italien und Rumänien bzw. des von *Mussolini* unterstützten ungarisch-rumänischen Annäherungsplanes informierte *Bethlen* den italienischen Botschafter dahingehend, daß Ungarn nicht nur auf Kroatien, sondern auch auf Siebenbürgen ein für allemal verzichte. Dies war seinerseits lediglich ein taktischer Standpunkt, denn einige Monate danach umriß er in Ankara bereits seine Forderungen gegenüber Rumänien: „... Rumänien muß die Gebiete, die bis an die Grenze des alten historischen Siebenbürgen reichen, abtreten. Siebenbürgen muß ein unabhängiger Staat werden, in dem die rumänische, ungarische und deutsche Bevölkerung nach dem Muster der Verfassung der Schweiz völlige Autonomie genießen. Siebenbürgen solle mit Ungarn enge wirtschaftliche Kontakte unterhalten, weil die Wirtschaftsinteressen Siebenbürgens nach Ungarn tendieren“<sup>77)</sup>.

In der Öffentlichkeit äußerte sich *Bethlen* nach wie vor nicht über seine Revisionsvorstellungen. Indirekt jedoch und ohne Konkretes zu sagen ließ er die politisch interessierte Öffentlichkeit wissen, daß er an mehr als nur an die Zurückgewinnung der grenznahen Gebiete denke. Er benutzte dazu die auf seine persönliche Anregung 1927 gegründete und unter seiner Leitung erscheinende Zeitschrift *Magyar Szemle* sowie einen seiner Vertrauten, *László Ottlik*. Im Herbst 1928 veröffentlichte *Ottlik* unter dem Titel „Neues Ungarn“ (*Uj Hungaria*) einen aufsehenerregenden Beitrag in der Zeitschrift. Darin umriß er erstmals die Wiederherstellung eines modernisierten, föderalisierten bzw. auf Autonomien basierenden Ungarn *Stephans I.*<sup>78)</sup>. Wiewohl *Ottliks*

<sup>76)</sup> DDI Settima Serie, Vol. VI, Akt Nr. 383.

<sup>77)</sup> Ibidem und IRATOK IV, S. 436.

<sup>78)</sup> László Ottlik, *Uj Hungária, Magyar Szemle*, 1928, Bd. IV, 1—10. Vgl. Dénes Némedi, *A Magyar Szemle reviziós nacionalizmusának szerkezetéről, Történelmi Szemle*, 1972/1-2, S. 91—93.

Feststellungen sich nicht in all seinen Einzelheiten mit der Auffassung *Bethlens* deckten, kann man dem französischen Botschafter weitgehend recht geben, der nach Paris meldete, die Gedanken des Autors dürften wohl kaum von denen *Bethlens* weit entfernt sein<sup>79</sup>).

*Bethlen* war von der *Rothermere*-Aktion auch deshalb nicht begeistert, weil sich daraus für ihn ständig außen- und innenpolitische Schwierigkeiten ergaben. Die französische und die englische Regierung erwarteten von ihm, daß er sich von den Initiativen und Forderungen des englischen Lords eindeutig distanzieren und deren Echo in der ungarischen Presse unterdrücke. Die ungarische Öffentlichkeit versah den „edlen Lord“ mit einem Heiligenschein und hoffte, daß die Regierung sich mit *Rothermere* zusammenschließen und die Grenzfrage vor die internationalen Foren bringe. *Bethlen* wiederum versuchte mit seinem üblichen diplomatischen Taktieren die Widersprüchlichkeit der Lage zu überbrücken.

So begrüßte er in den für die einheimische Öffentlichkeit bestimmten Presseerklärungen, daß auf diese Weise „die Friedensrevision in den Vordergrund des Interesses der Weltpresse gerückt worden sei“ und betonte mit noch größerem Nachdruck als bisher, „daß die Revision des Friedens von Trianon kommen muß“. Um übertriebene Erwartungen zu dämpfen, fügte er im allgemeinen hinzu, die Regierung beabsichtige vorläufig noch nicht, „konkrete Schritte zu unternehmen, um die Friedensrevision auf die Tagesordnung zu setzen“<sup>80</sup>), da sie die Lage für noch nicht reif halte. Dem englischen und insbesondere dem französischen Botschafter gegenüber versicherte er dagegen, daß er die ganze *Rothermere*-Aktion für „nicht aktuell und unglücklich“ halte und jedes Bestreben zurückweise, das auf die Revision des Friedensvertrages abziele. Er könne leider seinen Standpunkt angesichts der allgemeinen Stimmung und des Drucks seitens der Öffentlichkeit nicht mit voller Offenheit vertreten. „Würde ich dies tun“ — beteuerte er — „würde ich beim Volke all mein Prestige verlieren und meine Lage wäre erschüttert“<sup>81</sup>).

*Bethlen* konnte jedoch weder die englische noch die französische Diplomatie täuschen. Botschafter *De Vienne* ging in einem seiner Berichte vom September 1927 — gerade im Zusammenhang mit der Revisionskampagne — darauf gesondert ein, daß *Bethlens* Äußerungen niemals als Dogma aufgefaßt werden dürften, an seiner Glaubwürdigkeit stark zu zweifeln sei und „seine Außenpolitik immer durch die Umstände bedingt“ seien<sup>82</sup>). Wenn man ihm auch nicht völlig Glauben schenkte, begriff man seine Lage und akzeptierte seine Anpassungspolitik. „Er kann sich nicht leisten, sich dem überschweng-

---

<sup>79</sup>) AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 53, S. 139—140.

<sup>80</sup>) Az Est, 6. August 1927, Beszélgetés a miniszterelnökkel.

<sup>81</sup>) AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 51, *De Viennes* Bericht vom 2. Juli 1927, S. 40; Vol. 53, S. 198 und PRO FO 371/12936, C 3310/1928.

<sup>82</sup>) Ibidem, Vol. 52, S. 22—23.

lichen Nationalgefühl in bezug auf die Revision entgegenzustellen,“ räumte der englische Botschafter am 24. Oktober 1928 ein<sup>83</sup>).

*Mussolinis* Anregung entsprechend, versuchte *Bethlen* in der zweiten Jahreshälfte 1927 das deutsch-italienische und somit auch das deutsch-ungarische Verhältnis freundschaftlicher zu gestalten. „Die Kombination Deutschland — Italien — Ungarn ist“, berichtete in diesem Zusammenhang der deutsche Botschafter, „ein Lieblingsgedanke Grafen Bethlens“. Nach den „Sondierungen“ der Vertreter des ungarischen Außenministeriums unterbreitete *Bethlen* im Dezember 1927 in Genf sein Vermittlungsangebot an *Stresemann*. Er führte aus, daß „wir zu Deutschland, aber auch zu Italien gute Beziehungen pflegen wollen“<sup>84</sup>). Er sehe auch gute Chancen zur Verbesserung der italienisch-deutschen Beziehungen. Italien sei bereit, so richtete er *Mussolinis* Botschaft aus, dem Anschluß zuzustimmen, wenn Deutschland seinerseits auf das an Italien angegliederte und von Deutschen bewohnte Südtirol endgültig verzichte. Wiewohl *Stresemann* *Bethlens* Ausführungen mit Interesse verfolgte, lehnte er doch entschieden eine Revision der an Frankreich orientierten deutschen Außenpolitik ab. Auch verpflichtete er sich nicht zur Anerkennung der Brenner-Grenze, zumal er dadurch einen Präzedenzfall für Polen bezüglich der Ostgrenzen geliefert hätte. Darauf folgt, daß er vorläufig auch der Vertiefung der ungarisch-deutschen Beziehungen keine besondere Beachtung schenkte<sup>85</sup>). Andere Signale deuten jedoch darauf hin, daß Deutschland die Möglichkeit einer späteren ungarisch-deutschen Zusammenarbeit nicht ausschloß. „Bis zu einem gewissen Grade müssen die Ungarn mit uns Geduld haben“, erklärte der Staatssekretär beim Außenministerium *Schubert* gegenüber Botschafter *Kálmán Kánya* im Februar 1928. „Denn es sei ganz klar, daß ein Staat einem anderen ebenso wie ein Mensch einem anderen nur dann helfen könne, wenn er selbst wieder ganz gesund und zu Kräften gekommen sei“<sup>86</sup>). Deshalb rechnete *Bethlen* trotz des momentan auch gescheiterten Versuchs nach wie vor zu Recht mit der „Möglichkeit eines italienisch-deutsch-ungarischen Blocks“<sup>87</sup>).

Im Sinne einer verbalen Vereinbarung zwischen *Bethlen* und *Mussolini* hatte Italien Ende 1927 damit begonnen, die im Ersten Weltkrieg zurückgelassenen Waffen Ungarn zu übergeben. Die erste Lieferung — als Ersatzteile für Landmaschinen deklariert — traf am 1. Januar 1928 in Szentgotthárd ein. Die österreichischen Zollbeamten entdeckten aber den Betrug und machten die Sache mit Billigung der Regierung publik, die sich in einigen Tagen, wie

---

<sup>83</sup>) PRO, FO 371/12934, C 8002/1928, 24. Oktober. Vgl. IRATOK IV., S. 245.

<sup>84</sup>) ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 170—171.

<sup>85</sup>) Ibidem, S. 159—160, S. 435—437; IRATOK IV, S. 95—97 und Fejes, Magyar-német, S. 22—25.

<sup>86</sup>) ADAP, Serie B, Band VIII, S. 197—198.

<sup>87</sup>) DDI, Settima Serie, Vol. V, S. 692.

seinerzeit bei der Franc-Affäre, zu einem internationalen Skandal entwickelte<sup>88)</sup>).

*Bethlen* und auf seine Anweisung die ungarischen Regierungsorgane nahmen vorerst auch in diesem Falle einen alles leugnenden Standpunkt ein. Einer amtlichen Erklärung vom 2. Januar zufolge sei Warschau Bestimmungsort der Lieferung und vom eigentlichen Inhalt der Waggons hätten die ungarischen Behörden keine Ahnung haben können<sup>89)</sup>. Parallel dazu teilte *Bethlen* auch dem englischen und dem französischen Botschafter mit: Die Maschinengewehre sind nicht für die ungarische Regierung bestimmt und nach seinen Kenntnissen auch nicht für eine in Ungarn wohnhafte Person<sup>90)</sup>. Angesichts des freundschaftlichen polnisch-ungarischen Verhältnisses unterblieb ein Dementi seitens der polnischen Regierung; über diplomatische Kanäle teilte sie jedoch den Großmächten und der Kleinen Entente mit, daß die ungarische Behauptung nicht der Wahrheit entspreche. So erschien auch die Erklärung von *Beneš* glaubhaft, daß niemand von der Tschechoslowakei eine Transitgenehmigung angefordert hätte. Innerhalb weniger Wochen stellte sich heraus, daß die Waggons nicht von einer Privatfirma in Verona, sondern von den italienischen Militärbehörden beladen worden waren<sup>91)</sup>.

*Bethlens* ursprünglicher Standpunkt wurde deshalb mit der Zeit unhaltbar. Seit Ende Januar war er bestrebt, nicht die Rolle der ungarischen Regierungsorgane schlechthin, sondern lediglich seine eigene zu klären. Ihm persönlich sei von der Angelegenheit nichts bekannt gewesen, sie dürfte wohl von Verteidigungsminister *Csáky* mit *Horthys* Billigung organisiert worden sein, informierte er den englischen Botschafter am 31. Januar 1928<sup>92)</sup>. Im Gegensatz zu der Franc-Affäre, deren Einzelheiten ihm tatsächlich nicht bekannt gewesen sein dürften, verfügte er jetzt über genaue Informationen über die Waffenlieferungen. Die ganze Angelegenheit ging ja auf seine Anregung zurück und *Mussolini* hatte in einem direkt an ihn adressierten Telegramm am 21. Juli 1927 mitgeteilt: „Vorbereitung der Materialien im Gange.“ Am 30. Januar 1928 besprach *Bethlen* persönlich mit dem italienischen Botschafter, daß die Lieferungen in der bisherigen Form nicht weiter laufen könnten, sondern andere Routen und Mittel gefunden werden müssen<sup>93)</sup>.

Seine Erklärungen gegenüber den westlichen Botschaftern erwiesen sich auch diesmal als erfolgreich, als es gelang, den Verdacht auf andere zu lenken

---

<sup>88)</sup> Dezsó Nemes, *A Bethlen-kormány külpolitikája 1927—1931*—ben. Budapest 1964, S. 88—89.

<sup>89)</sup> IRATOK IV, S. 114.

<sup>90)</sup> AD, Société des Nations, Vol. 1054, S. 27 und PRO, FO 371/12934, C 281/12. Jan. 1928.

<sup>91)</sup> AD, Société des Nations, Vol. 1054, S. 1—3.

<sup>92)</sup> PRO, FO 371/12935, C 973/31. Jan. 1928 und AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 52, S. 174—180.

<sup>93)</sup> DDI, Settima Serie, Vol. V, S. 333 und Vol. VI, Akt. Nr. 73.

und sich dem Vorwurf der persönlichen Schuld zu entziehen. „Ich möchte nicht glauben“, — berichtete der englische Botschafter über seine Unterredungen mit *Bethlen* Ende Januar —, „daß er [Bethlen] in allem gelogen hatte und somit kam ich zu der Schlußfolgerung, daß die von Horthy und Csáky angeführte Militärpartei erneut hinter seinem Rücken handelte“<sup>94</sup>). In einem Bericht Ende Februar ließ dies auch der französische Botschafter als wahrscheinlich erscheinen, wobei er jedoch hinzufügte, es sei schwer zu glauben, daß *Bethlen*, der die Angelegenheiten sonst so sehr in der Hand hat, von dieser nichts gewußt habe<sup>95</sup>).

Die internationale Reaktion auf die Waffenlieferungen und die Art, wie die Angelegenheit abklang, erinnerten an die Franc-Affäre. Nicht nur Italien sondern auch England waren nämlich bestrebt, den Skandal zu vertuschen. Am 14. Januar 1928 schlug *Chamberlain* der französischen Regierung vor, durch gemeinsames Auftreten zu verhindern, daß die „Angelegenheit zu einer politischen Frage wird“. Ungarn solle die Waffen den Absendern zurückschicken, und man solle darüber den Schleier des Vergessens breiten. Die Kleine Entente — allen voran die Tschechoslowakei — trat indes auch diesmal für eine strengere Untersuchung ein und forderte die Verurteilung der ungarischen Regierung<sup>96</sup>). Frankreichs Standpunkt entwickelte sich interessant. Präsident *Briand* konnte sich seinen osteuropäischen Verbündeten natürlich nicht offen entgegenstellen und akzeptierte deshalb auch den englischen Vorschlag nicht. Hinter den Kulissen jedoch war auch er für eine Herunterspielung und den Abschluß der Angelegenheit ohne Konsequenzen — was auf eine mögliche Modifizierung des bisherigen Kurses der französischen Außenpolitik gegenüber Ungarn hindeutet<sup>97</sup>). Nach einem nahezu halbjährigen Tauziehen war dies im wesentlichen auch erfolgt. Auf Ansuchen der Kleinen Entente stellte zwar eine Kommission des Völkerbundes vor Ort fest, daß der Versuch geheimer Kriegsmateriallieferungen gemacht worden sei, aber weder die Kommission, noch die Leitung des Völkerbundes erachteten es für wichtig, Absender und genaues Bestimmungsziel der Lieferungen zu eruieren. Im Bericht wurde jedoch hervorgehoben, daß die Lieferungen keinen bedeutenden militärischen Wert hatten<sup>98</sup>). Damit wurde die Affäre also abgeschlossen, ohne *Bethlen* oder die ungarische Regierung in irgendeiner Form zu verurteilen. Sie hatte dennoch für Ungarn schädliche Konsequenzen, als sie zur weiteren Festigung des Bündnisses der Kleinen Entente beitrug<sup>99</sup>).

<sup>94</sup>) PRO, FO 371/12935, C 973/31. Jan. 1928.

<sup>95</sup>) AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 52, S. 174—180.

<sup>96</sup>) AD, Société des Nations, Vol. 1054, S. 49—50.

<sup>97</sup>) IRATOK IV, S. 162—163 und ADAP, Serie B, Band VIII, S. 304.

<sup>98</sup>) Nemes, A Bethlen-kormány, S. 96—99.

<sup>99</sup>) Die drei Staaten der Kleinen Entente faßten im Juni 1928 einen Beschluß über die Verlängerung der früheren Vereinbarungen und im Frühjahr unterzeichneten sie ein Abkommen über kollektive Sicherheit zur engeren militärischen Zusammenarbeit; Ádám, A Kisantant, S. 141—143.

Anfang April 1928 kamen *Mussolini* und *Bethlen* erneut zusammen. Die „Konsultation“ kam auf Wunsch des italienischen Regierungschefs, den er Ende 1927 geäußert hatte, zustande und hatte zum Ziel, Ungarn durch engere Bündnisfäden vor den Karren der italienischen Außenpolitik zu spannen. Angesichts der Affäre von Szentgotthárd sollte das Treffen unter voller Geheimhaltung stattfinden, was jedoch nicht gelang; den dementierenden Behauptungen des ungarischen Außenministeriums, daß *Bethlen* als Privatmann nach Italien reise und keine Verhandlungen mit italienischen Politikern führe, schenkte niemand Glauben.

*Bethlen* skizzierte die außenpolitische Lage im Sinne des vorjährigen gemeinsamen Aktionsprogramms, als dessen wesentliches Ziel er die rumänisch-ungarische Annäherung mit italienischer und polnischer Hilfe ansah. Darauf hatten sie sich bereits im Vorjahr geeinigt, wenngleich seitdem keine Fortschritte erzielt worden waren. Um die Sache voranzutreiben, bot *Bethlen* Rumänien die ungarische Neutralität für den Fall eines sowjetischen Angriffs auf Rumänien an. Den italienischen Dokumenten zufolge versprach er auch, die rumänisch-ungarische Grenze anzuerkennen, falls die Kleine Entente durch die rumänisch-ungarische Annäherung gesprengt werde. Dieser Punkt fehlt allerdings in den ungarischen Aufzeichnungen über dieses Treffen.

Einen weiteren Pfeiler des „gemeinsamen Aktionsprogramms“ sah *Bethlen* darin, in Österreich einem rechtsorientierten Regime an die Macht zu helfen. Eine konservative Regierung in Wien würde — so argumentierte er — die österreichische Sympathie für die tschechoslowakische Demokratie dämpfen und dadurch die Positionen der Kleinen Entente schwächen; sie würde auch ermöglichen, italienische Waffen ungehindert nach Ungarn zu bringen, die Südtirolfrage weniger aufheizen und auch den Anschluß nicht beschleunigen. „Gelinge es in diesen beiden Bereichen Fortschritte zu erzielen“ — sagte er —, „namentlich einem rechtsgerichteten Regime in Österreich zur Macht zu verhelfen, andererseits die Annäherung zwischen Ungarn und Rumänien zu bewirken, würde in Mitteleuropa eine neue Situation entstehen, weil die Kleine Entente auseinanderfiel, Rumänien als aus ihr ausgetreten zu betrachten wäre; in Mitteleuropa entstünde unter Führung Italiens ein neuer Block, dem Österreich, Ungarn und Rumänien angehörten. Diese neue Situation würde Ungarn gegenüber seinen Nachbarn im Süden und Norden freie Hand geben und es unter der Bedingung, daß Ungarns militärische Aufrüstung durchgesetzt werde, aktionsfähig machen“.

Mit *Bethlens* Vorschlägen war *Mussolini* wie bereits 1927 auch jetzt einverstanden. Gleichzeitig unterrichtete er ihn darüber, daß er sich derzeit um die Schaffung eines griechisch-türkisch-italienischen *pacte à trois* bemühe, in den auch Bulgarien, Rumänien und in lockerer Form auch Ungarn einbezogen werden sollten. Er schlug Ungarn vor, neben der rumänisch-ungarischen Annäherung auch seine Kontakte zur Türkei enger zu knüpfen. Die Frage des deutsch-italienischen Verhältnisses wurde diesmal eingedenk der Schlappe des vergangenen Jahres von beiden Seiten ausgespart.

Einem von Italien angeregten engeren italienisch-ungarischen Bündnis wich *Bethlen* diplomatisch aus, indem er erklärte, daß ein solcher Vertrag momentan sehr geringen Wert hätte, da Ungarns militärisches Gewicht gering sei. Der Abschluß eines solchen Bündnisses schiene ihm erst nach erfolgter Aufrüstung zweckmäßig; dazu ersuchte er Mussolini um weitere Unterstützung. Der akzeptierte *Bethlens* Argumente, ließ den Plan eines engeren Bündnisses fallen und stellte gleichzeitig einen größeren Rüstungskredit sowie Unterstützung beim Aufbau der Luftwaffe in Aussicht<sup>100</sup>).

*Bethlen* konnte auch vom Treffen 1928 in Mailand zufrieden zurückkehren. Während er allen Vorschlägen und Bitten *Mussolinis* zustimmte, ging er selbst keine Verpflichtungen ein, die später den außenpolitischen Spielraum eingeschränkt hätten.

Im Sinne des in Mailand akzeptierten Aktionsprogramms machten die ungarische, italienische und polnische Diplomatie in der zweiten Jahreshälfte 1928 den Versuch, das rumänisch-ungarische Verhältnis freundschaftlicher zu gestalten. Dies behinderte jedoch die Lösung der bekannten und für das Zeitalter charakteristischen Streitfragen — die rumänisch-ungarische Grenze und die Diskriminierung der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen, — darüber hinaus auch die sog. Optanten-Frage. Sie hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg dadurch ergeben, daß die Nachfolgestaaten die Güter jener Mittel- und Großgrundbesitzer zum Zwecke einer Bodenreform enteigneten, die sich für die ungarische Staatsbürgerschaft entschieden hatten. Unter Berufung auf den Friedensvertrag von Trianon und den Zusatzvertrag über den Schutz der Minderheiten forderten die Grundbesitzer bzw. die ungarische Regierung als ihre Rechtsvertreterin seit 1922 auf verschiedenen internationalen Foren Schadensersatzleistungen von Rumänien. Die jugoslawische und tschechoslowakische Variante dieser Frage war von geringer Bedeutung, teils wegen der geringfügigen Enteignungen, teils wegen gewährter Entschädigungen. In Rumänien war jedoch ohne jede Entschädigung über eine halbe Million Katastraljoch Boden enteignet worden, der Besitz ungarischer Staatsbürger. Er hatte einen Wert von etwa 150–200 Millionen Goldkronen; das entsprach etwa der Höhe des Völkerbundkredits. An dieser Angelegenheit war *Bethlen* auch persönlich interessiert. Im Zusammenhang mit den Besitzungen seiner Frau verklagte er die rumänische Regierung auf Schadenersatz für nahezu 10 000 Katastraljoch, das heißt auf etwa 2,5–3 Millionen Goldkronen<sup>101</sup>).

Da die Verhandlungen des gemischten Schiedsgerichtes bis Ende 1926 kein Ergebnis gebracht hatten, brachte die ungarische Regierung Anfang 1927 die Angelegenheit vor den Rat des Völkerbundes. Im Hinblick darauf, daß sich Italien wegen seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Rumänien „vorsich-

---

<sup>100</sup>) IRATOK IV, S. 105, S. 173—178 und S. 184—185. Vgl. Nemes, A Bethlen-kormány, S. 98—108.

<sup>101</sup>) Nemes, A Bethlen-kormány, S. 247—248 und S. 263—264.

tig zurückhaltend“ verhielt und England keine eindeutige Unterstützung gewährte, war auch in Genf kaum mit Erfolg zu rechnen. Der ungarische Gesandte schlug deshalb am 12. Juli 1927 vor, *Bethlen* solle seine persönliche Forderung zurücknehmen und als unmittelbar interessierter Staatsmann auftreten. „Es wäre dies eine schöne moralische Plattform, auf der Seine Hoheit nach meinen Eindrücken unbesiegbar wären. Entweder wir gewinnen den Prozeß und dann werden Seine Hoheit auch in dieser Hinsicht die Dankbarkeit des Landes genießen, oder wir verlieren ihn, und dann verzichteten Seine Hoheit auf etwas, was ohnehin nicht zu gewinnen wäre“, argumentierte der ungarische Delegierte in Genf in einem „streng vertraulichen“ Schreiben an *Bethlen*<sup>102</sup>). *Bethlens* Antwort ist uns nicht bekannt; die weitere Entwicklung läßt jedoch kaum Zweifel, daß er den unseres Erachtens nach vernünftigen Vorschlag nicht akzeptierte. In dieser einen Frage bestimmten also auch seine persönlichen materiellen Interessen sein Vorgehen.

Der Völkerbund schlug im September 1927 der ungarischen und der rumänischen Regierung vor, direkte Verhandlungen aufzunehmen. Bei seinen Unterredungen mit *Bethlen* im Dezember 1927 betonte *Chamberlain*, es müsse eine Lösung gefunden werden, die „zwischen den beiden Auffassungen steht und weder die eine noch die andere Seite voll zufriedenstellt“. Als konkreten Vorschlag regte er an, der ungarische Staat solle selbst die Optanten entschädigen; die dabei ausgezahlten Summen würden die an einer Regelung interessierten Großmächte von den nach 1943 zu leistenden Reparationskosten abziehen. *Bethlen* lehnte sehr selbstbewußt diesen Vorschlag (auch wenn er später anders handelte), mit der Begründung ab, er könne unter keinen Umständen Summen ausbezahlen, die zum Teil in seine eigene Tasche fließen<sup>103</sup>).

Soweit war also die Regelung der Optantenfrage bis zum Sommer 1928 gediehen, als die italienische und die polnische Diplomatie darangingen, die rumänisch-ungarische Annäherung vorzubereiten. Die von *Bethlen* gestellten Vorbedingungen für eine Vereinbarung lauteten: eine aus ungarischer Sicht günstige Regelung der Optantenfrage, Verbesserung der Lage der ungarischen Minderheit und schließlich Rumäniens Distanzierung von der Kleinen Entente. Dafür bot *Bethlen* Ungarns Neutralität für den Fall eines sowjetisch-rumänischen Krieges an<sup>104</sup>). Der rumänische Außenminister *Titulescu* zeigte sich bereit, bei der Akzeptierung zweier Bedingungen einen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag zu unterzeichnen: Wenn nämlich Ungarn 1. die Unverletzlichkeit der rumänischen Grenze garantiere und 2. der von *Chamberlain* vorgeschlagenen Kompromißlösung in der Optantenfrage zustimme<sup>105</sup>). Auf die Garantierung der rumänisch-ungarischen Grenze wäre *Bethlen*,

<sup>102</sup>) IRATOK IV, S. 74.

<sup>103</sup>) Ibidem, S. 92—93. Vgl. Felsőházi Napló vom 22. Juni 1928 / Bd. II. / S. 425—426.

<sup>104</sup>) DDI, Settima Serie, Vol. VI, S. 108.

<sup>105</sup>) Ibidem, Akt Nr. 263.

nachdem er unter dem Druck der zwingenden Umstände dies bereits mehrfach getan hatte, auch dieses Mal eingegangen. Am 4. Juni teilte er dem italienischen Botschafter mit, für den erhofften politischen Vertrag verzichte er auf territoriale Forderungen und gebe sich mit der Garantierung der Autonomie Siebenbürgens zufrieden<sup>106</sup>). In der Optantenfrage blieb er aber unnachgiebig. Er zeigte sich hartnäckig, insbesondere nach einer Warnung vonseiten *Pilsudskis*, daß die Rumänen ihre Verbündeten von der Kontaktaufnahme informiert hätten. Eine rumänisch-ungarische Annäherung hätte höchstens eine gewisse Verbesserung der Lage der Siebenbürgenungarn gebracht. Für die beiden anderen Zielsetzungen *Bethlens*, die Kleine Entente aufzulockern und die Optantenfrage vorteilhaft zu regeln, zeichneten sich keine realen Möglichkeiten ab. Die ungarische Diplomatie teilte daher Mitte Juni den italienischen und polnischen Vermittlern mit, daß „die ungarische Regierung unter diesen Umständen gezwungen ist, von der weiteren Fortsetzung der Aktion Abstand zu nehmen“<sup>107</sup>).

Der Plan der rumänisch-ungarischen Annäherung wurde vorübergehend aus der Tagesordnung gestrichen. In der zweiten Hälfte 1928 und Anfang 1929 wurden die Verhandlungen lediglich in der Optantenfrage fortgesetzt. Im Februar 1929 verringerte die ungarische Seite ihre Forderungen auf 130 Millionen Goldkronen, während Rumäniens letztes Angebot bei 100 Millionen lag<sup>108</sup>). In dieser Lage nahm Bethlen seine Sondierungen wieder auf. Neben der festgefahrenen Optantenfrage motivierte ihn auch der Wechsel der rumänischen Regierung, die Ablösung durch das Kabinett *Iuliu Maniu* (*Gyula Maniu*). *Maniu* stammte wie sein Ministerkollege *Vajda-Voevod* aus Siebenbürgen und hatte seine politische Laufbahn vor 1919 im ungarischen Parlament begonnen. *Bethlen* hoffte auf eine bessere Verständigungsmöglichkeit mit seinen einstigen Abgeordnetenkollegen, die die regionalen Interessen Siebenbürgens gegenüber den Zentralisierungsbestrebungen Bukarests vertraten. Bei einem Treffen mit dem polnischen Außenminister *Zaleski* vom 21. bis 23. Mai 1929 bemühte er sich deshalb erneut um Vermittlung. Er erklärte, sofern Rumänien von der Kleinen Entente abrücke, in der Optantenfrage sich nachgiebig zeige sowie der ungarischen Minderheit Zugeständnisse mache, sei Ungarn bereit, sich über die territoriale Frage hinwegsetzend eine ernsthafte Annäherung an Rumänien anzustreben<sup>109</sup>). Seine Botschaft leitete er in den Sommermonaten auch über andere Kanäle an Bukarest weiter<sup>110</sup>). Er mußte sich in seinen Hoffnungen aber auch diesmal enttäuscht sehen. Die Antwort der neuen rumänischen Regierung unterschied sich ganz und gar nicht von der ihrer Vorgängerin. „Herr Mironescu nahm“, wie der französi-

<sup>106</sup>) Ibidem, Akt Nr. 383 und AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 53, S. 99—100.

<sup>107</sup>) IRATOK IV, S. 202 und S. 182, 198.

<sup>108</sup>) Nemes, A Bethlen-kormány, S. 263—264.

<sup>109</sup>) DDI, Settima Serie, Vol. VII, S. 451 und IRATOK IV, S. 279—280.

<sup>110</sup>) AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 54, S. 113—116.

sche Botschafter aus Bukarest meldete, „mit größtem Mißtrauen diesen Vorschlag auf und meinte, er sei nicht geneigt zuzulassen, daß innerhalb der Kleinen Entente eine Bresche geschlagen wird“<sup>111</sup>). Der Gedanke einer rumänisch-ungarischen Annäherung verschwand somit erneut bis zum Herbst 1929 als unrealisierbarer Plan in der Versenkung. Ganz vergessen wurde er allerdings auch weiterhin nicht; später griff man ihn noch mehrmals neu auf.

Im Herbst 1929 wurden auch die bilateralen Verhandlungen über die Optantenfrage abgebrochen. Die Angelegenheit wurde schließlich durch eine Entscheidung der Großmächte geregelt. Bis Ende 1929 bestand *Bethlen* auf seinem alten Standpunkt und lehnte eine Entschädigung des Optanten aus den nach 1943 zu leistenden ungarischen Reparationen ab<sup>112</sup>). Er akzeptierte auch den von Italien, England und später auch von Frankreich gemachten Überbrückungsvorschlag nicht, daß nämlich Ungarn auf die Optantenentschädigung völlig verzichten solle. In diesem Fall hätten die Großmächte garantiert, daß nach 1943 „nichts“ oder nur eine „ganz minimale Summe“ als Entschädigung zu zahlen sei. Auf Kosten der einstigen deutschen Großgrundbesitzer in Polen und zugunsten der deutschen Nation ging die Weimarer Republik auf diesen Kompromiß ein. *Bethlen* jedoch erwies sich als unfähig, diesen Schritt zu tun. Die Tatsache, daß er an der Angelegenheit persönlich interessiert war und somit seine Handlungsfähigkeit eingeschränkt war, fiel natürlich immer mehr auf. Das versetzte ihn innen- wie außenpolitisch in eine prekäre Lage. Ende 1929 trug er sich deshalb ernsthaft mit dem Gedanken, sein Amt zur Verfügung zu stellen und sich vorübergehend (bis zur Lösung der Optantenfrage) zurückzuziehen. Auf *Mussolinis* ausdrückliche Bitte ließ er diesen Gedanken fallen, auf der Entschädigung bestand er aber auch weiterhin. Seine Hartnäckigkeit und die selbstsüchtige Verteidigung seiner eigenen und Klasseninteressen hatten nun zur Folge, daß die Großmächte auf den Konferenzen im Januar 1930 in Den Haag und im April 1930 in Paris Ungarn für den Zeitraum 1943–1966 zur Zahlung von weiterer Entschädigung in Höhe von jährlich 13,5 Millionen, also insgesamt 310,5 Millionen Goldkronen verpflichteten. Auch wurde die Errichtung eines Sonderfonds beschlossen, aus dem größtenteils (in Höhe von 240 Millionen Goldkronen) ungarische Optanten — in Rumänien, Jugoslawien und in der Tschechoslowakei — Entschädigung erhalten sollten<sup>113</sup>).

Von den Verhandlungen nach Ungarn zurückgekehrt, versuchte *Bethlen* die Entscheidung von Den Haag und Paris mit einer durchsichtigen Rabulistik als Erfolg hinzustellen und sein persönliches Interesse in der Angelegenheit herunterzuspielen. „... Der ungarische Ministerpräsident ist“, sagte er, „bis zu einem Tausendstel interessiert und diese Summe ist nicht so hoch, daß

---

<sup>111</sup>) Ibidem, Vol. 57, S. 195.

<sup>112</sup>) Felsőházi Napló, 10. Dezember 1929 / Bd. V. / S. 16.

<sup>113</sup>) IRATOK IV, S. 344 und Nemes, A Bethlen-kormány, S. 266—277.

man sie nach 1943 nicht ertragen könnte<sup>114</sup>). Dies war indes zweifelsohne nur Augenwischerei. Die Wahrheit stand auf der Seite der demokratischen Opposition, *Rassays* und der Sozialdemokraten, die zu vollem Recht darauf verwiesen, daß *Bethlen* das Nach-Trianon-Ungarn die Großgrundbesitzer entschädigen läßt, die durch die Aufteilung des historischen Ungarn ihren Grund und Boden verloren<sup>115</sup>). An der traurigen prinzipiellen Bedeutung dieser Tatsache ändert auch nichts, daß infolge des Zusammenbruchs des internationalen Finanzsystems im Jahre 1932 die Großmächte jede Form der Reparationszahlungen strichen und dadurch letztendlich auch die Entschädigung der ungarischen Optanten unterblieb.

Mit der Entscheidung von Den Haag und Paris wurde nun eine der Streitfragen, die das Verhältnis zwischen Ungarn und Rumänien jahrelang auf dem Tiefpunkt hielten, aus der Welt geschafft. Vom Frühjahr 1930 an zeichnete sich eine gewisse langsame Verbesserung zwischen den beiden Ländern ab. Dies äußerte sich vorerst lediglich in Wirtschaft und Handel. *Bethlen* war jedoch im Sommer 1930 zuversichtlich, daß es bald auch zur politischen Annäherung kommen werde. Bei seinem Aufenthalt in London traf er auch *Seton-Watson* und erklärte „Ungarn ist an guten Beziehungen zu Rumänien höchst interessiert“, der psychologische Augenblick dazu sei nun gegeben<sup>116</sup>). Die Chancen einer Entspannung schienen auch durch die Rückkehr Herzog *Karls* aus dem Londoner „Exil“ nach Bukarest im Juni 1930 größer zu werden. Bald danach wurde er zum König gekrönt. Ihm dürfte an einer Annäherung an Ungarn gelegen haben. Im April ließ dann auch der rumänische Ministerpräsident *Maniu Bethlen* eine Botschaft in diesem Sinne zukommen<sup>117</sup>). Die ausländischen Zeitungen schrieben bereits im Sommer aufgrund all dieser Ereignisse von der Möglichkeit einer rumänisch-ungarischen Personalunion<sup>118</sup>). Dies entbehrte jedoch einer konkreten Grundlage; entsprechende Verhandlungen wurden auch bis zum Rücktritt *Bethlens* im Jahre 1931 nicht aufgenommen.

Als Alternative zur rumänisch-ungarischen Annäherung oder eher zur Pressuren auf das vor konkreten Zugeständnissen zögernde Rumänien griff *Bethlen* in der zweiten Jahreshälfte 1930 die Möglichkeit zur Normalisierung des sowjetisch-ungarischen Verhältnisses erneut auf. „In der Außenpolitik gibt es“, so legte er beispielsweise im Herbst 1930 in Ankara dar, „zwischen uns und den Sowjets keinerlei Gegensätze, und abgesehen von der sonderba-

<sup>114</sup>) BETHLEN II, S. 249—251 und S. 254—275.

<sup>115</sup>) *Népszava* vom 13. April 1930, „Hága-Párizs-Róma“.

<sup>116</sup>) Hugh and Christopher Seton-Watson, *The Making of a New Europe*. London 1981, S. 423. Vgl. René Le Go, *Les relations hungaro-roumains*, *Temps* vom 5. Juli 1930.

<sup>117</sup>) IRATOK IV, S. 386.

<sup>118</sup>) *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 18. Juni 1930, „Graf Bethlen über Ungarns Außenpolitik“.

ren Natur des sowjetischen Regierungssystems könnten wir außenpolitisch sogar auch Bündnispartner werden“<sup>119</sup>). Um die öffentliche Meinung zu sondieren, äußerte er sich Ende November auch der einheimischen Presse gegenüber<sup>120</sup>). Obwohl man sowjetischerseits auch diesmal weitgehende Bereitschaft zur Aufnahme von Kontakten zeigte, entschloß sich *Bethlen* angesichts des zu erwartenden innenpolitischen Widerstandes schließlich zu einem Rückzieher: „... Die Verbindung mit Rußland wäre für ihn gegenwärtig nicht tragbar“, berichtete der deutsche Botschafter am 16. Dezember 1930<sup>121</sup>). „Die ungarische Regierung behalte sich vor“, hieß es in einem anderen Bericht, „zur gegebenen Stunde auf die Frage zurückzukommen“<sup>122</sup>).

Erfolgreicher als die rumänisch-ungarischen bzw. die sowjetisch-ungarischen Beziehungen entwickelte sich das ungarisch-österreichische Verhältnis. Nach den Unterredungen von 1928 in Mailand erneuerte *Bethlen* seine Beziehungen zu den Rechten und begann indirekt die Vorbereitungen zu einer konservativen Wende in Österreich zu unterstützen. Im Sommer 1928 kam er insgeheim zweimal mit Heimwehr-Chef *Richard Steidle* zusammen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen gab *Steidle* eine schriftliche Erklärung ab, wonach er bei einer Machtübernahme die Südtirolfrage als „eine innenpolitische Angelegenheit Italiens betrachte“. Als Gegenleistung dafür begann *Mussolini* vom August 1928 an mit der Bereitstellung der ersten Teilbeträge der für die Aufrüstung der Heimwehr vorgesehenen Millionen<sup>123</sup>).

Der Verbesserung der ungarisch-österreichischen Beziehungen stand vor allem die Burgenlandfrage im Wege. Ungeachtet des Abkommens von 1921 in Venedig waren in der ungarischen Presse immer wieder Erklärungen zu lesen, in denen Ungarns Recht auf das abgetretene Westungarn erwähnt wurde. Neben der vom Außenminister *Walkós* im Dezember 1927 abgegebenen Erklärung<sup>124</sup>) kann auch *Bethlens* Rede vom 14. Oktober in diesem Sinne aufgefaßt werden, die er anlässlich der Einweihung des Treuetors in Sopron hielt. Er führte darin u. a. aus, daß die nichtungarischen Einwohner der abgetretenen Gebiete, wenn sie die Möglichkeit erhielten, ebenso nach Ungarn zurückkehren würden<sup>125</sup>). Die äußerst scharfen österreichischen und deutschen

---

<sup>119</sup>) IRATOK IV, S. 440.

<sup>120</sup>) *Nemzeti Ujság* vom 7. November 1930, „Bethlen beszámolt a magyar sajtonak“.

<sup>121</sup>) AA, Pol. Abt. II, Ungarn, Pol. 3, Bd. 1, *Schöns* Bericht vom 16. Dezember 1930.

<sup>122</sup>) ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 416—418. Vgl. IRATOK IV, S. 475.

<sup>123</sup>) DDI, Settima Serie, Vol. VI, S. 528. Vgl. Nemes, *A Bethlen-kormány*, S. 127—131.

<sup>124</sup>) *Nemzeti Ujság* vom 17. Dezember 1927, „A miniszterelnök a külügyi bizottságban“.

<sup>125</sup>) *A Reggel* vom 15. Oktober 1928, „Bethlen Trianonról“.

Reaktionen auf diese Behauptung<sup>126)</sup> überzeugten *Bethlen* schließlich, daß es sich nicht lohne, die Zukunft des österreichisch-ungarischen und somit auch des deutsch-ungarischen Verhältnisses für den prinzipiellen Anspruch auf ein Gebiet aufs Spiel zu setzen, das zu zwei Dritteln von deutschsprachigen Einwohnern bewohnt, wirtschaftlich unbedeutend und obendrein relativ klein war. Bei der Rückkehr aus Genf am 15. Dezember 1928 versicherte er Kanzler *Seipel*, daß er wohl „kaum daran denke, die Burgenlandfrage anzuschneiden“<sup>127)</sup>. Das hat er auch in einem Interview bestätigt<sup>128)</sup>. Neben Kroatien war also das Burgenland der zweite Gebietsstreifen, auf den *Bethlen* im Rahmen der Gebietsabtretungen wirklich verzichtete.

Zu dem mittels italienisch-ungarischer Unterstützung geplanten bewaffneten Putschversuch kam es schließlich nicht. In der österreichischen Innenpolitik erfolgte bis Herbst 1929 auch ohne eine Einmischung von außen ein Rechtsruck. Im September gründete erneut der konservative *Johannes Schober* ein neues Kabinett. Der neue Kanzler, wiewohl er im Gegensatz zu *Seipel* Anhänger des Anschlusses war, zeigte sich bereit, die österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen zu lockern und das italienisch-österreichische sowie ungarisch-österreichische Verhältnis zu verbessern. Als Zeichen dieser neuen österreichischen Außenpolitik kann der italienisch-österreichische Freundschaftsvertrag gelten, der im Februar 1930 in Rom unterzeichnet wurde. Im Juli desselben Jahres absolvierte der österreichische Kanzler — auf *Mussolinis* Ermutigung und *Bethlens* Einladung — einen offiziellen Besuch in Budapest. Bei den Verhandlungen einigte man sich, das 1923 geschlossene Gerichtsbarkeitsabkommen zu einem Freundschaftsvertrag bzw. zu einem Abkommen zur Zusammenarbeit auszuweiten. Darüber hinaus bat *Bethlen Schober*, die Waffen aus Italien Ungarn zu überlassen<sup>129)</sup>. Beim Abschiedsempfang erklärte der italienische Botschafter, Rom freue sich sehr über dieses Treffen und halte die Schaffung eines „italienisch-österreichisch-ungarischen Dreiecks“ für wünschenswert<sup>130)</sup>. Im gleichen Sinne äußerte sich auch *Bethlen*. „... Italien, Österreich und Ungarn sind in der geographischen Konzeption keine zerstückelten Teile, sondern sie bilden einen zur großen Einheit zusammengefaßten Block einer großen Politik“, informierte er die Pres-

<sup>126)</sup> ADAP, Serie B, Bd. X, S. 341—344 und Zentrales Staatsarchiv, Potsdam, 61. R, Pressearchiv, Nr. 491, Bd. 9234, S. 44.

<sup>127)</sup> Friedrich Rennhofer, Ignaz Seipel. Wien, Köln, Graz 1978, S. 600—601. Vgl. IRATOK IV, S. 248.

<sup>128)</sup> *Frankfurter Zeitung* vom 17. Dezember 1928, „Ein Interview des Grafen *Bethlen*“.

<sup>129)</sup> ÖSA, NPA Liasse Ungarn, Kart. 480, I/III, S. 240—297 und Nemes, A *Bethlen-kormány*, S. 326—327.

<sup>130)</sup> AA, Pol. Abt. II, Ungarn, Pol. II, Nr. 2, Bd. 5, *Schöns* Bericht vom 10. Juli 1930.

severtreter<sup>131</sup>). Die nebulöse Formulierung deutet darauf hin, daß nach *Bethlens* Auffassung dem Dreieck-Block später auch Deutschland beitreten sollte.

*Bethlen* erwiderte im Januar 1931 den Besuch *Schobers*. Sein Empfang verlief dabei in einer ähnlich freundlichen Atmosphäre wie der *Schobers* in Budapest. *Bethlen* besuchte u. a. auch das Theresianum, wo ihn der ehemalige Direktor Freiherr *Hussarek* und die ungarischen Schüler des Instituts begrüßten. Er besichtigte mit seinen Begleitern das ganze Gebäude, sie gingen im riesigen Garten spazieren und suchten schließlich das Zimmer auf, in dem seinerzeit *Bethlen* als Zögling gewohnt hatte. Es war dies einer jener seltenen Anlässe, bei denen seine Züge Gefühle verrieten; er konnte, wollte vielleicht auch nicht seine Ergriffenheit und Rührung verheimlichen<sup>132</sup>).

Als offiziellen Akt ihrer Begegnung unterzeichneten die beiden Regierungschefs einen noch in Budapest vorbereiteten Vertrag und somit ein Geheimprotokoll. In letzterem war festgelegt, daß Österreich und Ungarn „... in allen politischen Fragen ... insbesondere aber in jenen, die sich auf die gemeinsamen Nachbarn beziehen, über ihre Botschafter ständig Kontakt halten werden“<sup>133</sup>). Aus der Sicht der Auflockerung, der Einkreisung der Kleinen Entente und der Verbesserung der internationalen Positionen Ungarns konnte dies als sachliches Ergebnis verbucht werden, ungeachtet dessen, daß *Schober* der ungarischen Bitte hinsichtlich der Waffenlieferungen auswich und er die Beziehungen zu Deutschland wirklich für wichtiger hielt als die zu Ungarn und Italien und demnach die Zusammenarbeit der drei Staaten vorläufig nicht auf ein gemeinsames Niveau zu bringen waren, was *Mussolini* und *Bethlen* für wünschenswert gehalten hätten.

Unter den mittel- und osteuropäischen Kleinstaaten gelang es *Bethlen* im Zeitraum 1928–1931, die politische Zusammenarbeit nicht nur mit Österreich, sondern auch mit Polen ausbauen. Polen gehörte zwar zum französischen Bündnissystem, unter den Staaten der Kleinen Entente pflegte es jedoch allein zu Rumänien ein ausdrücklich gegen die Sowjetunion gerichtetes Vertragsverhältnis. Wegen der Grenzstreitigkeiten war das tschechoslowakisch-polnische Verhältnis im ganzen Jahrzehnt unterschiedlich gespannt, und Polen ging mit seinem südlichen Nachbarn, ungeachtet aller diesbezüglichen Bemühungen Frankreichs, kein Bündnis ein. Dies bot wie bereits in den Jahren 1919/1921 auch jetzt eine günstige Grundlage zur Belebung der polnisch-ungarischen Beziehungen. Die Annäherung ließ auch Italiens Interessen nicht zuwider. Im Jahre 1927 hatte *Mussolini* selbst *Bethlen* auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht<sup>134</sup>).

---

<sup>131</sup>) *Reggeli Ujság* vom 14. April 1930, „Bethlen vasárnap este visszautazott Budapestre“.

<sup>132</sup>) *Magyarország* vom 28. Jan. 1931, „Reggeltől félkettőig Bethlen nyomában“.

<sup>133</sup>) Juhász, *Magyarország*, S. 118.

<sup>134</sup>) *IRATOK IV*, S. 61.

Die ungarisch-polnischen Verhandlungen wurden im Herbst 1927 aufgenommen und bis Ende des Jahres erreichten sie das Stadium der Unterzeichnung des Schiedsgerichtsvertrages. Bei den Verhandlungen sprach Marschall *Pilsudski* die Hoffnung aus, das freundschaftlich gute Verhältnis zwischen Polen und Ungarn werde sich im Laufe der Jahre weiterentwickeln. Wiewohl er momentan keine Möglichkeit zu einer Modifizierung des Friedensvertrages sah, unterstützte er den Plan, die als notwendig erachtete Grenzrevision auf der Tagesordnung zu halten und den Friedensvertrag zu einem späteren Zeitpunkt zu modifizieren<sup>135</sup>).

Den italienischen Vorstellungen entsprechend schloß Ungarn 1929 auch mit Bulgarien ein dem polnisch-ungarischen Schiedsgerichtsvertrag ähnliches Abkommen. Mit der Türkei, einem Pfeiler der Mittelmeer- und Balkanpolitik Italiens, kam es zum Ausbau umfangreicher Beziehungen. In dem am 5. Januar 1929 unterzeichneten Neutralitäts- und Schiedsgerichtsvertrag verpflichteten sich die beiden Länder, sich aus jedem Bündnis herauszuhalten, das gegen das andere Land gerichtet ist, bzw. zur Neutralität für den Fall, daß eines der beiden Länder das Ziel eines nichtprovozierten Angriffes werden sollte<sup>136</sup>).

Der Vertrag belebte die Beziehungen zwischen beiden Ländern. Im Oktober 1930 erhielt *Bethlen* eine Einladung zu einem offiziellen Besuch anlässlich der Nationalfeier in Ankara. Bei den Unterredungen mit türkischen Politikern, vor allem mit *Mustafa Kemal*, unterstrich *Bethlen* insbesondere die panslawische Gefahr und die daraus resultierende türkisch-ungarische Interessengleichheit. Er legte auch dar, daß der erste Erfolg der panslawischen Bestrebungen die Verdrängung der Türkei aus Europa gewesen sei, der zweite die Aufteilung der Monarchie; der dritte wäre die Gründung eines „großslawischen Reiches, deren bewußte und methodische Vorbereitung im Gange ist“. In diesem Zusammenhang erläuterte er auch die auf die Schaffung eines westslawischen Korridors abzielenden Bestrebungen von 1919/1921 sowie die geographische Bedeutung der Karpato-Ukraine, deren existenzielle Aufgabe darin bestehe, einen Korridor nach Rußland zu bilden. Auf *Kemals* Erwiderung räumte *Bethlen* ein, das „heutige“ Rußland betreibe zwar keine panslawische Propaganda, was jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen sei, „insbesondere dann nicht, wenn das russische Reich eventuell erstarken sollte“. Sie waren sich darin einig, daß es im Interesse der beiden Länder liege, ein Gegengewicht zur „panslawischen Politik“ zu schaffen und in diesem Zusammenhang Bulgarien enger in das italienische Bündnissystem einzubeziehen sowie die Schaffung einer Balkanunion auf der Grundlage des Status quo zu verhindern und schließlich die Kleine Entente zu „teilen“. Bezüglich des letzten Punktes versprach *Kemal*: „... bei der Erledigung der mit Jugosla-

---

<sup>135</sup>) Ibidem, S. 235 und *Juhász*, *Magyarország*, S. 114.

<sup>136</sup>) *Juhász*, *Magyarország*, S. 115—116.

wien und Rumänien bestehenden Streitfragen“ könne Ungarn mit der Unterstützung durch die Türkei rechnen<sup>137</sup>).

Dank dieser Verträge mit Italien, Österreich, Polen, Bulgarien und der Türkei trat Ungarn am Ende der 20er Jahre aus der internationalen Isolation heraus und bildete einen Teil eines sich formenden Bündnisses, das eine Herausforderung für die Hegemonie Frankreichs und der Kleinen Entente im Donau-Becken darstellte. Das war zweifelsohne ein außenpolitisches Ergebnis, das *Bethlen* zu Recht mit Stolz und einer gewissen Zufriedenheit erfüllte. Gleichzeitig hatte er wohl auch erkannt, daß Italien und seine kleinen Bündnispartner nicht in der Lage sein würden, den Status quo zu verändern. Deshalb war er unabhängig von der Zugehörigkeit zum italienischen Block und unter Aufrechterhaltung des außenpolitischen Spielraums bestrebt, die Unterstützung oder zumindest die Sympathie anderer Großmächte zu gewinnen bzw. zu erhalten. Unter Wahrung der symbolischen Sympathie Englands hielt *Bethlen* die deutschen Kontakte immer mehr für erstrangig, aber parallel dazu arbeitete er auch energisch an der Verbesserung der französisch-ungarischen Beziehungen.

Einen weiteren Ansturm zur Gewinnung der deutschen Unterstützung startete er im Sommer 1928. In einem Interview für den *Berliner Tag* im Juni erläuterte er abermals, daß die italienisch-deutsche Freundschaft nicht nur im Interesse Italiens, Österreichs und Ungarns, sondern auch in dem Deutschlands liege, zumal es als natürliches nationalpolitisches Ziel aller vier Staaten gelte, ein Gegengewicht zur Kleinen Entente zu schaffen. Er ließ auch durchblicken, daß eine gegenseitig annehmbare und beruhigende Beilegung von Streitfragen, die einer Annäherung im Wege stehen, durchaus denkbar sei<sup>138</sup>).

Wie sein früherer Vermittlungsversuch, so erfolgte auch der jetzige mit der Billigung Italiens. „Bravo Bethlen. Benehmen ausgezeichnet“ lautet ein Vermerk im diesbezüglichen Bericht des italienischen Botschafters in Rom<sup>139</sup>).

*Bethlens* Interesse an Deutschland wurde dadurch gesteigert, daß die durch Rekonstruktion und Konjunktur belebte landwirtschaftliche Produktion seit 1928 ständig mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hatte. Der Handel mit Deutschland, genauer die Eröffnung (oder Schließung) des deutschen Agrarmarktes mit seiner für ungarische Verhältnisse unbegrenzten Aufnahmefähigkeit wurde zur Schlüsselfrage des ungarischen Wirtschaftslebens. Der anvisierte Handelsvertrag bildete eines der Hauptthemen der Unterredungen zwischen *Bethlen* und *Stresemann* bzw. zwischen *Bethlen* und *Schubert* Ende 1928. Die Verzögerungstaktik der deutschen Diplomatie mit ihren nebulösen und fernen Versprechungen änderte sich indes allen Anstrengungen *Bethlens* zum Trotz vorerst nicht. Die Erleichterung der ungarischen Ausfuhr wehrte

<sup>137</sup>) IRATOK IV, S. 434—441.

<sup>138</sup>) *Pester Lloyd* vom 14. Juni 1928, „Ein interessantes Bethlen-Interview“.

<sup>139</sup>) DDI, Settima Serie, Vol. VI, Akt Nr. 408.

*Stresemann* unter Hinweis auf die Interessen der mit einer inneren Krise kämpfenden deutschen Landwirtschaft ab<sup>140</sup>). Im Zusammenhang mit der politischen Zusammenarbeit trafen nach wie vor Signale in Budapest ein, daß Deutschland die Erörterung der Revisionsfrage und die Modifizierung der Frankreichorientierung auch weiterhin für nicht aktuell halte. Wenn die Revision aktuell werde, so „ist die Frage des Danziger Korridors zu erledigen, noch bevor die Frage der ungarischen Grenzen auf die Tagesordnung gesetzt wird“<sup>141</sup>).

In seiner nach vielen Richtungen offenen Außenpolitik, aber offensichtlich auch in der Absicht, Deutschland unter Druck zu setzen, ging Bethlen 1928 daran, auch das französisch-ungarische Verhältnis zu verbessern. Einer seiner wichtigsten Vermittler war dabei der konservative französische Botschafter in Budapest, *De Vienne*, mit dem er gegen Ende des Jahrzehnts ganz enge, fast freundschaftliche Beziehungen pflegte. *De Vienne* wußte ganz genau (und berichtete es auch), daß sich *Bethlen* um die Bildung eines gegen die Kleine Entente gerichteten revisionistischen Blocks in Mitteleuropa bemühte und auch sein dem deutschen „Minotaurus“ zugeworfenes „Lächeln“ diesem Ziel diene. Er gewahrte aber auch, daß seine Gefühle gegenüber Deutschland zumindest ambivalent seien und hinter dem „Lächeln“ Beunruhigung wegen der Zukunft stecke und dies für die französische Politik immer eine ungenutzte Möglichkeit berge<sup>142</sup>). „Da seine geographische Lage gegeben ist“ — so leitete er *Bethlens* Worte im Frühjahr 1929 weiter — „kann sich Ungarn vom Osten her durch eine slawische und vom Westen her durch die deutsche Gefahr bedroht fühlen. Wegen der slawischen Gefahr müsse er sich nicht nur Polen, sondern notwendigerweise auch Rumänien nähern. Wegen der deutschen Gefahr (Anschluß, die Möglichkeit eines einseitigen deutschen Einflusses in der Tschechoslowakei) hätte er sich jenen zuzuwenden, die in Ost wie West dieselben Bedrohungen wahrnehmen und sich die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts wünschen“<sup>143</sup>).

Teils wegen der Berichte von *De Vienne*, teils aber angesichts des italienisch-ungarischen Vertrages und der damit verbundenen diplomatischen Aktivitäten Ungarns überdachte auch das Quai d'Orsay seine Ungarn-Politik neu. Die Anzeichen einer Entspannung der französischen Politik gegenüber Ungarn waren bereits 1927 zu erkennen<sup>144</sup>). Diese Signale vermehrten sich in den Jahren 1928–1929 immer mehr. Der ungarische Botschafter in Paris *Fri-*

<sup>140</sup>) IRATOK IV, S. 240—242 und 270. Ausführlicher vgl. dazu Fejes, Magyar-német, S. 26—54.

<sup>141</sup>) OL, K 429, *Miklós Kozmas* Schriften, Bd. 2, Datensammlung, Berlin-Reise vom 18.—27. November 1928.

<sup>142</sup>) AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 53, S. 94—95 und Vol. 54, S. 124—127.

<sup>143</sup>) *Ibidem*, Vol. 54, S. 16—19.

<sup>144</sup>) Bethlen István Titkos Iratai. Hrsg. von Miklós Szinai und László Szücs. Budapest 1972, S. 273.

*gyes Korányi* faßte den Stimmungswechsel in seinem Bericht am 3. Mai 1928 folgendermaßen zusammen: „Die Franc-Affäre löste bei Frankreich unmittelbaren Haß aus. Seitdem ist aber dieser Haß abgeklungen und daß sich Ungarn stark erholte, durch den Freundschaftsvertrag mit Italien aus der Isolation trat, lenkte die Aufmerksamkeit stärker auf das Land. Infolgedessen befaßten sich ernsthafte französische Kreise immer mehr mit der Ungarnfrage und gewannen den Eindruck, daß Ungarn auf dem Schachbrett der europäischen Politik mehr bedeute als ein ungefährlich gemachter Kriegsgefangener der Kleinen Entente. Durch die immer häufigeren persönlichen Kontakte zwischen Ungarn und Franzosen, die Optantenfrage und die Rothermere-Aktion wurden auch hier viele Ungerechtigkeiten bekannt. Die Aufklärungspropaganda, die wir hier auf diesem schwierigen Terrain, wenn auch still und mit Einschränkungen, betreiben konnten, schuf nicht zuletzt immer mehr Ansätze für Sympathie; all diese Faktoren lösten in ihrer Gesamtwirkung im allgemeinen auch in führenden Kreisen die Bereitschaft aus, mit der *á-limne*-Abgrenzung uns gegenüber zu brechen und uns mit gewissem Interesse zuzuhören. Heute ist es nunmehr möglich, bei Privatkontakten auch solche Aspirationen Ungarns anzusprechen und zu begründen, über die man sich vor einigen Jahren auch vor gemäßigten Franzosen unmöglich äußern konnte“<sup>145</sup>).

Die Wende in der französischen Politik wirkte sich auch auf die Beurteilung von *Bethlens* Persönlichkeit und Innenpolitik aus. Das halbamtliche Organ des Außenministeriums, das ein-zwei Jahre zuvor zur Zeit der Franc-Fälschungsaffäre *Bethlen* als Mitteleuropas reaktionärsten feudalen Politiker vorgestellt hatte, veröffentlichte Ende 1928 anerkennende Artikel über ihn, wie man sie früher nur in englischen und italienischen Zeitungen lesen konnte. Über *Bethlens* Methoden — so war dort zu lesen — läßt sich selbstverständlich streiten, und man kann sich auch fragen, ob mit etwas mehr Liberalismus nicht genauso dauerhafte Ergebnisse zu erreichen gewesen wären. In dem Artikel heißt es weiter: „Man darf nicht vergessen, daß Ungarn noch schrecklichere Prüfungen kennenlernte als der Krieg: das bolschewistische Regime Béla Kuns. Es ist also verständlich, daß er all seine Aufmerksamkeit darauf verwendete, eine neuerliche Anarchie zu verhindern“<sup>146</sup>). Präsident *Briand*, der sich noch 1926 mit *Bethlen* kaum abgeben hatte wollen, lud ihn im Januar 1929 zu einem offiziellen Besuch nach Paris ein. *Bethlen* wich der Einladung, die er in Rom und Berlin gleichermaßen schwer vertreten hätte können, aus. Aus Madrid kommend, unterbrach er aber seine Heimreise in Paris; kam dort mit mehreren führenden Politikern Frankreichs zusammen.

Bei diesen Gesprächen wurden die Ausweitung der kulturellen Beziehungen der beiden Länder, aber auch die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen

---

<sup>145</sup>) IRATOK IV, S. 186—187, vgl. auch S. 247.

<sup>146</sup>) *Temps* vom 19. Oktober 1928, „La politique de la Hongrie“.

Annäherung zur Sprache gebracht. Im Zusammenhang mit letzterem hob *Bethlen* hervor, daß er angesichts des Einflusses des deutschen Kapitals um Ungarn besorgt sei und französische Banken sowie Industrieinteressen in Budapest lieber sehen würde<sup>147</sup>). „Ich möchte niemandes Steuerzahler werden, insbesondere nicht der Deutschlands, zumal die wirtschaftliche Abhängigkeit in unserem Fall auch die politische Unabhängigkeit gefährdet. Ich aber möchte unabhängig bleiben“, sagte *Bethlen*<sup>148</sup>).

Bei dem Gedankenaustausch kam auch das größte Hindernis für die wahre Vertiefung der französisch-ungarischen Beziehungen, die ungarische Revision, und die Bündnispflichten Frankreichs in Osteuropa zur Sprache. Die französischen Spitzenpolitiker *Poincaré* und *Berthelot* erklärten in diesem Zusammenhang: „Die Friedensverträge sind heute unabänderlich und werden es auch künftig bleiben“. *Bethlen* entgegnete darauf routinemäßig: Wenn gleich in Ungarn jeder für eine Revision eintrete, und darauf könne auch er nicht verzichten, halte er diese Frage vorerst für nicht aktuell; seine revisionistischen Reden hätten nur innenpolitische Funktion<sup>149</sup>). In der wichtigsten Streitfrage kam es also zu keiner Annäherung zwischen den beiden Ländern. In dieser Hinsicht gaben aber die Zeitungsartikel auch nach seiner Abreise Anlaß zu Optimismus. Die tschechoslowakischen, rumänischen und jugoslawischen Proteste wegen des freundlichen Empfangs wies beispielsweise die Zeitung *Temps* in ungewöhnlich scharfer Form zurück: „... Es ist völlig natürlich, daß die Ungarn gegen einen Vertrag protestieren, der ihre Gebiete erheblich beschnitt und den sie wegen seiner territorialen Entscheidungen und politischen Auswirkungen gleichermaßen als große Ungerechtigkeit empfinden. / ... / Niemand darf ihnen verbieten, daß sie sich voller Erbitterung über diese Lage beschweren, die auf ihre Kosten entstand, und daß sie hoffen, eines Tages wird sich diese im Rahmen des Möglichen, mit friedlichen diplomatischen Mitteln lösen lassen.“ So schrieb das halbamtliche Organ der Regierung<sup>150</sup>). Ein so verständnisvoller Artikel über den Friedensvertrag von Trianon und die Zielsetzungen der ungarischen Außenpolitik war in einem französischen Blatt seit 1920 nicht mehr erschienen. Dies sowie auch die offiziell bekundete Bereitschaft zu wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit erweckten die Hoffnung, Frankreichs vorläufig noch ziemlich platonische Sympathie werde einst auch gewisse greifbare Vorteile bringen.

*Bethlens* Orientierung nach Frankreich hatte die taktische Funktion, Deutschland klar zu machen: Für Ungarn gibt es auch eine andere Möglichkeit nicht nur die Orientierung nach Deutschland. (Diese Überlegung spielte

<sup>147</sup>) AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 5, S. 206—209 und IRATOK IV, S. 286—287. — Hier sei bemerkt, daß die ungarischen Aufzeichnungen über die Verhandlungen *Bethlens* deutschfeindliche Äußerungen nicht enthalten.

<sup>148</sup>) AD, Europe Z, Hongrie, Vol. 54, S. 124—127.

<sup>149</sup>) Ibidem, S. 121 und IRATOK IV, S. 287.

<sup>150</sup>) *Temps* vom 13. Juni 1929, „La Hongrie et la Petite Entente“.

übrigens auch in der Belebung der polnisch-ungarischen Beziehungen Ende 1928 eine Rolle.) Seine „Botschaft“ hatten die deutschen Diplomaten, vor allem der Budapester Botschafter *Schön*, einwandfrei dekodiert. *Schön* und die deutschen Botschafter in Osteuropa wiederholten in ihren Berichten seit Sommer 1929 beinahe refrainartig: „Die ungarische Regierung ist mit der deutschen Politik unzufrieden.“ Nach Meinung der Ungarn sei „vom heutigen Deutschland für Ungarn nichts zu erwarten und man müsse sich daher nach anderen Freunden umsehen“ und die bisherige deutschfreundliche Politik könnte allmählich durch eine deutschfeindliche abgelöst werden<sup>151</sup>). Um diesen Eindruck zu verstärken, machte *Bethlen* vor deutschen Diplomaten — im wesentlichen unwahre, ja zumindest übertriebene — Andeutungen, daß die „Franzosen Ungarn stark umwürben und ganz unzweideutige Angebote über ein politisches Zusammengehen mit Ungarn gemacht hätten“ und ihn „diese Haltung der französischen Regierung doch sehr bewege“<sup>152</sup>). Der deutsche Botschafter in Budapest machte daher in seinem Bericht vom 15. Februar 1930 den Vorschlag, die deutsch-ungarischen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen auszuweiten sowie *Bethlen* zu einem offiziellen Besuch nach Berlin einzuladen. *Schöns* Vorschlag nahm man in der Wilhelmstraße an; *Bethlen* und seine Frau reisten am 22. November 1930 zu einem dreitägigen offiziellen Besuch nach Berlin<sup>153</sup>).

*Bethlens* Einladung und seine Berlin-Reise erfolgte parallel zu der langsamen Umgestaltung der deutschen Politik. Das Kabinett *Müller* der großen Koalition (an dem auch die Sozialdemokraten beteiligt waren), wurde am 3. März 1930 durch die konservative *Brüning*-Regierung abgelöst und *Stresemanns* Nachfolge trat *Julius Curtius* bereits im Herbst 1929 an. Dieser Wechsel wirkte sich nicht nur auf die deutsche Innenpolitik, sondern auch auf die Außenpolitik aus. Das Wesentliche dieser Veränderungen lag wohl darin, daß während *Stresemann* den Rahmen des Friedenssystems von Versailles akzeptierte und sich um Sicherung des größtmöglichen Spielraums bzw. um die Modifizierung der deutschen Ostgrenzen bemühte, *Brüning* und *Curtius* — die von *Stresemann* gesicherte Bewegungsfreiheit nutzend — dieses internationale System selbst ins Wanken bringen und eine Revision erreichen wollten; mit anderen Worten, in ihrer Amtszeit wurde die deutsche Außenpolitik offener und offensiver<sup>154</sup>). Auch Ungarns Platz veränderte sich im System der Zielsetzungen der deutschen Außenpolitik. Die neue Doktrin lautete in der

<sup>151</sup>) AA, Abt. II, Ungarn, Pol. 2, Bd. 3. *Zechlins* Aufzeichnungen vom 4. August 1929 aufgrund von *Schöns* Berichten sowie der Bericht des Belgrader Botschafters vom 18. Juli 1929. Des weiteren, ibidem, Büro des Reichsministers, 35, Ungarn, Bd. 2, Jahresübersicht 1929.

<sup>152</sup>) Ibidem, Pol. Abt. II, Ungarn, Pol. 2, Bd. 3. Die Aufzeichnung von *Curtius* vom 12. Januar 1930.

<sup>153</sup>) ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 235—238.

<sup>154</sup>) Vgl. dazu ausführlicher Fejes, Magyar-német, S. 66—71 und 98—100.

Formulierung des Ministerialdirektors *Köpke*: die Lockerung des französischen Bündnissystems im Osten und Südosten Europas stellt ein für uns und Ungarn gemeinsames Ziel dar; wir können daher auch den ungarischen Bemühungen, die Kleine Entente politisch aufzulockern, von Herzen Erfolg wünschen; eine Stärkung Ungarns müssen wir begrüßen und fördern<sup>155</sup>).

*Bethlens* Berlin-Besuch im November 1929 fand schon im Zeichen dieser veränderten außenpolitischen Doktrin statt. Neben den Phrasen wie „Schicksalsgemeinschaft“ des ungarischen und des deutschen Volkes“, „jahrhundertalte historische und kulturelle Kontakte“ und „Waffenbrüderschaft“ im Krieg, mit denen *Bethlen* und *Brüning* die Presse traktierten, kam es diesmal auch zur sachlicheren Erörterung und zu einer gewissen Abstimmung der Außenpolitik der beiden Länder. *Bethlen* nannte als „erstrangiges Ziel der ungarischen Außenpolitik“, die Kleine Entente aufzulockern und die Bildung eines „slawischen Blocks“ auf dem Balkan zu verhindern. Die außenpolitischen Beziehungen des Landes sollten diesem Ziel dienen. *Curtius* ging davon aus — und kündigte damit praktisch die neue Außenpolitik an —, daß „die Zielsetzungen der neuen Außenpolitik gerade in den wichtigsten Fragen wie die Grenzrevision und die Abrüstung parallel zu denen der ungarischen Außenpolitik laufen“. Ergänzend sagte er, die deutsche Regierung denkt vorläufig nicht daran, ein neues Bündnissystem zu schaffen, aber ungeachtet dessen hofft sie, daß „im Laufe der Zeit zwischen der deutschen und der ungarischen Politik immer engere Kontakte zustande kommen und eine gegenseitige Unterstützung entsteht“. In diesem Zusammenhang warnte er *Bethlen* vor einer weiteren ungarisch-polnischen Annäherung, die ein ernsthaftes Hindernis für eine Vertiefung der deutsch-ungarischen Beziehungen darstellen würde, zumal mit einer Verbesserung der deutschen Beziehungen zu Polen nicht zu rechnen sei. *Bethlen* versicherte *Curtius*, die deutsche Stellungnahme stoße in Ungarn auf volles Verständnis. Zur Sprache kam auch die künftige Gestaltung des deutsch-italienischen Verhältnisses. Auf *Bethlens* Anfrage erklärte *Curtius*, die Entwicklung werde in einigen Fragen auch die Ausweitung der Zusammenarbeit mit Italien mitsichbringen, wiewohl Deutschland augenblicklich noch nicht an den Ausbau eines engeren Bündnisses denke.

Dem politischen Meinungsaustausch folgte die Erörterung von Wirtschaftsfragen. *Bethlen* war voller Zuversicht, er könne in der Frage des ungarischen Vieh- und Getreideexports sofort greifbare Ergebnisse erreichen. In dieser Hinsicht wurde er aber enttäuscht. Wiewohl das Auswärtige Amt — aus politischen Überlegungen — zu sofortigen Zugeständnissen bereit gewesen wäre, gaben Wirtschaftsfachleute nach wie vor ausweichende und zögernde Antworten. Es konnte lediglich ein Übereinkommen erreicht werden, wonach

---

<sup>155</sup>) ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 464—465.

Anfang 1931 Experten beider Länder konkrete Handelsverhandlungen aufnehmen sollten<sup>156</sup>).

Im Zeitraum von 1927 bis 1930 sprach und schrieb *Bethlen* sehr viel über Revision. Was er unter „Revision“ jedoch verstand, erklärte er vor der Öffentlichkeit bis dahin mit keinem einzigen Wort. Nach seiner Rückkehr aus Berlin sah er die Zeit für gekommen, auch in dieser Hinsicht einen Grad offener zu sein. So freimütig wie er jedoch mit den italienischen Staatsmännern oder im Oktober 1930 mit *Pascha Kemal* verhandelt hatte, äußerte er sich vor Journalisten jedoch auch weiterhin nicht. Er deutete allerdings unmißverständlich an, daß sich Ungarn mit der Rückgabe der grenznahen Gebiete nicht zufrieden geben könne. „Es gibt Gebiete, die ohne jeden Zweifel ungarisch sind. Diese müssen ohne weiteres wieder an das Mutterland angegliedert werden. Auf jenen Gebieten, wo die Lage nicht so sehr eindeutig ist, böte sich die Volksbefragung als Lösungsmöglichkeit an“, sagte *Bethlen* im Frühjahr 1931 mehrmals<sup>157</sup>). *Bethlen* nahm an, daß einzelne Nationalitäten des historischen Ungarn — ganz konkret meinte er die Slowaken und die Karpato-Ukrainer — bei einer Volksbefragung „zu dem Entschluß kämen, sich für die Zugehörigkeit zu Ungarn zu entscheiden“<sup>158</sup>). Dies bedeutete im wesentlichen eine Rückkehr zu dem 1920 vertretenen Standpunkt der Friedensdelegation, das heißt — zumindest im Norden und Nordosten — die Deklarierung der prinzipiellen Festhaltens an den historischen Landesgrenzen.

Mit seinen Besuchen 1929 in Paris, im Oktober 1930 in Ankara, im November 1930 in Berlin und Januar 1931 in Wien sowie mit den damit verbundenen, teils in Vereinbarungen festgelegten, teils verbalen Abmachungen erreichte *Bethlen* den Höhepunkt seiner 1927 begonnenen aktiven und zielstrebigen Außenpolitik. In den sechs Monaten nach der Unterzeichnung des österreichisch-ungarischen Vertrages bis zu *Bethlens* Rücktritt am 18. August 1931 — für diese Zeit waren übrigens aus diplomatischer Sicht die Bemühungen um die Bekämpfung der immer tieferen Wirtschaftskrise und nicht die weiteren Vorbereitungen zur Grenzrevision kennzeichnend — tauchten in seiner Außenpolitik keine neuen Gesichtspunkte mehr auf. Die ungarische diplomatische Maschinerie bewegte sich in jeder Hinsicht in der im Zeitraum 1927–1930 festgelegten Bahn. Ungarns Verbündeter Nummer eins blieb weiterhin Italien; gemessen an der italienischen Unterstützung hatte die von England bekundete Sympathie lediglich symbolischen Charakter. Teils aus politischen, aber auch zunehmend aus wirtschaftlichen Überlegungen ging

---

<sup>156</sup>) IRATOK IV, S. 450—456 und BA R 43/I/157, S. 36—45. Vgl. Fejes, *Magyar-nemét*, S. 82—93.

<sup>157</sup>) *Pesti Napló* vom 16. April 1931, „Bethlen: A mostani határokát nem vagyunk hajlandók elfogadni“ und *Pesti Napló* vom 10. Mai 1931, „Bethlen miniszterelnök nagy nyilatkozata“.

<sup>158</sup>) *Pesti Hírlap* vom 18. November 1930, „Gróf Bethlen miniszterelnök a revizióról“.

die utilitaristische Schaukelpolitik zwischen Deutschland und Frankreich weiter. Die endgültige und eindeutige Entscheidung für eine der beiden Großmächte blieb noch lange Zeit eine offene Frage und fiel schließlich erst Ende der 30er Jahre in Abhängigkeit von der internationalen Entwicklung. Ungarns Beziehungen zu den benachbarten oder entfernter gelegenen Kleinstaaten — zu Österreich, Polen, Bulgarien und zur Türkei — blieben freundlich bzw. freundschaftlich, indes kam es in den rumänisch-ungarischen Beziehungen trotz der im Frühjahr 1931 gemachten Bemühungen zu keiner Entspannung.

*Bethlens* drei bis vier Jahre währende aktive Außenpolitik hatte Erfolge wie Mißerfolge aufzuweisen. Als wichtigstes Ergebnis galt, daß Ungarn bis zum Ende der 20er Jahre aus seiner früheren Isolation heraustreten und seine Positionen gegenüber der Kleinen Entente durch die Nutzung der sich bietenden Möglichkeiten verbessern konnte. Als Positivum war auch zu verbuchen, daß der außenpolitische Spielraum des Landes erhalten blieb. Italien unterstützte *Bethlen* „umsonst“. Vertragliche Verpflichtungen, die sich später nachteilig hätten auswirken können, brauchte er dafür nicht einzugehen. Die ungarische Diplomatie nutzte schließlich erfolgreich die seit dem Ende der 20er Jahre neu auflebenden französisch-deutschen Gegensätze zu ihren Gunsten. Konkrete Ergebnisse stellten sich schon 1931 ein.

Die grundlegende Zielsetzung seiner Außenpolitik, die Auflösung der Kleinen Entente, konnte *Bethlen* jedoch nicht realisieren. Ungarns Gebietsforderungen waren angesichts der Schwäche und der ungünstigen Verhandlungspositionen des Landes von vornherein als unreal zu betrachten. Gewisse Chancen hätten sich nur für den Fall ergeben, wenn sich Rumänien durch einen Ausbau sowjetisch-ungarischer Beziehungen ernsthaft bedroht gesehen hätte. Dazu kam es jedoch infolge des innenpolitischen Widerstandes — wiewohl dies nicht an *Bethlen* lag — nicht. Darin bestand vielleicht wohl die größte Mangelhaftigkeit der *Bethlenschen* Außenpolitik.

Unter den Negativa der Bilanz ist auch die Überbewertung des Potentials bzw. der balancierenden Kraft Italiens zu nennen. Die Annahme, Italien hätte später Deutschland bzw. die Sowjetunion aufwiegen können, war weitgehend unbegründet. Das augenblickliche Kräfteverhältnis in den Jahren 1927–1930 legte dies zwar nahe, aufgrund der demografischen und wirtschaftlichen Ziffern hätte man jedoch Italiens allmählichen Abrutsch auf der Rangliste der europäischen Großmächte voraussehen können, ja müssen.

Als Fehler könnte man schließlich auch die Unsicherheit des Revisionsprogramms bezeichnen bzw. den weitgehenden Pragmatismus von *Bethlens* Kompromißbereitschaft, der jeder prinzipiellen Grundlage entbehrte. Das erhöhte übrigens nicht nur das schon vorhandene Mißtrauen der Nachbarstaaten, sondern erschwerte auch eine eventuelle Unterstützung durch die westeuropäischen Länder (vor allem durch England). Da die Revision bis 1931 in konkreter Form nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde, zeigten sich auch deren schädliche Konsequenzen während *Bethlens* Amtszeit als Mini-

## István Bethlens Außenpolitik in den Jahren 1921—1931

sterpräsident nicht mehr. Seit Anfang der 30er Jahre jedoch, als die Revision auch in den westeuropäischen Ländern immer mehr zu einem salonfähigen Thema wurde, erschwerte dies spürbar die Gewinnung von Förderern und Sympathisanten.